Schweizerische Depeschenagentur AG
Agence Télégraphique Suisse SA
Agenzia Telegrafica Svizzera SA
Redaktion

An alle
Mitwirkenden und Auskunftspersonen
der sda-Recherche

Berr, 24. August 2000
rv/ur

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Beiliegend erhalten Sie, wie vielen von Ihnen zugesagt, die sda-Recherche zur Problematik der Zwangsarbeit in Unternehmen mit Schweizer Kapital in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs.

Allen, die die Problematik kennen, ist bewusst, dass diese Bestandesaufnahme nur ein grober, erster Versuch sein kann, sich dieser komplexen Thematik anzunähern. Auf Grund der nur teils erschlossenen Quellenlage bleiben vor allem zu mittleren und kleineren Unternehmen viele Fragen offen.

Die Lage in osteuropäischen Filialen mit Schweizer Kapital ist nahezu ungeklärt. Es fehlen zudem Untersuchungen zu Firmen in Frankreich, vor allem längs der Grenze mit Schwerpunkt Elsass, zu Österreich mit Schwerpunkt Vorarlberg und zu Norditalien.

Ein weiteres Problem ist die exakte Bestimmung der Schweizer Kapitalanteile. Oft wurden Kapital treuhänderisch ausgelagert, Anteile verkauft bzw. teils fingiert abgetreten.

So kann diese Recherche nur ein Versuch sein, sich dieser komplexen Problematik weiter anzunähern. Die vielen offenen Fragen müssen von Historikern geklärt werden. Die vielen unerforschten Aktenberge und unbeantworteten Fragestellungen versprechen genug Arbeit für Generationen junger und alter Geschichtswissenschafter.

Ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich für die offene Zusammenarbeit danken. Archivare und Archivarinnen waren spontan bereit, in ihren Archiven Akten einzusehen. Die Arbeit vieler Lokal- und Regionalhistoriker hat mir die Arbeit ausserordentlich erleichtert.

Gefreut hat mich auch, dass die allermeisten Unternehmen, teils nach anfänglichem Zögern, bereit waren, bei dieser unvollkommenen Annäherung an die historische Wahrheit ihrer Unternehmensgeschichten mitzuarbeiten.

Mit meinem besten Dank und freundlichem Gruss

Roderick von Kauffungen
Dienstchef sda

Länggassstrasse 7 · CH-3001 Bern · Telefon 031 309 33 33 · Telefax 031 301 85 38

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Über 11 000 Zwangsarbeitende wurden beschäftigt

Bern (sda) Im Zweiten Weltkrieg haben Firmen mit damals Schweizer Kapital in Deutschland über 11 000 Zwangsarbeitende beschäftigt. Dies ergab eine sda-Recherche.

Die Zahlen zu Zwangsarbeitenden sind in Firmen-, Stadt- und Kreis- und Bundesarchiven dokumentiert. Es muss jedoch von einer grösseren Zahl ausgegangen werden.

Einige Zahlen sind nur Stichzahlen. Viele mittlere und kleinere Unternehmen wurden nicht erfasst. Ebenso wurde bei den Schweizer Unternehmen im Elsass und in Vorarlberg nicht recherchiert.

Insgesamt wurden rund acht Millionen ausländische Arbeitende in Grossdeutschland im Einsatz, die allermeisten waren zwangsverpflichtet.

Am 25. August läuft die Frist ab, die Richter Edward Korman Schweizer Unternehmen gesetzt hat. Bis dahin müssen sie allfällige Zwangsarbeit bei ihren deutschen Töchtern und Schwestern während des Zweiten Weltkriegs angeben.

Unverzichtbare Zwangsarbeit

Alle grösseren Industrieunternehmen mit Schweizer Kapital, die ab 1943 noch produzieren konnten, galten als kriegswichtig. Nur sie erhielten Zwangsarbeiterkontingente. Ihnen wurde vorgeschrieben, was sie zu produzieren hatten.

Ohne Zwangsarbeiter war ein geregelter Ablauf von Grossproduktionen nicht möglich. Die deutschen Männer waren an der Front und mussten ersetzt werden. Unternehmen mit Männerarbeit waren stärker auf Zwangsarbeit angewiesen als solche mit Frauenarbeit.

Allein für die Aluminium-Industrie Gemeinschaft (ALIG) (4994), BBC (2008) und Georg Fischer (1707) sind 8709 Zwangsarbeitende aktenkundig. Dabei handelt es sich bei BBC und bei zwei ALIG-Töchtern nicht um Gesamtzahlen, sondern um Zahlen zu einem bestimmten Stichdatum.

Drastischer Arbeitskräftemangel

Der ökonomische Grund für Zwangsarbeit war der Arbeitskräftemangel. Ideologisch wurde die Zwangsarbeit mit der ökonomischen Nutzung des als minderwertig geltenden Lebens von Juden, Osteuropäern, Russen, Oppositionellen, Homosexuellen und
Zigeunern legitimiert.

In einer ersten Phase sträubten sich viele Unternehmen, Zwangsarbeitende zu beschäftigen. Die ökonomische Effizienz der ungelernten Menschen war gering. Im Verlauf der Kriegsjahre hätten die Firmen ohne umgeschulte Fremdarbeiter aber nicht mehr produzieren können.

BBC-Tochter Im KZ Buchenwald

Die moralische Verantwortung der Unternehmen zeigt sich aus heutiger Sicht bei der Behandlung der Zwangsarbeitenden. Das Spektrum reichte von freiwilliger Fremdarbeit bis zu Sklavenarbeit.

Die Arbeitsbedingungen gingen von einer familiären Beschäftigung in Klein- und Bauernbetrieben, aus denen Freundschaften wurden, bis hin zu sadistischen Tötungspraktiken bei Unternehmen mit KZ Häftlingen. Der Einsatz von KZ-Häftlingen ist nur bei der BBC-Tochter Stotz-Kontakt aktenkundig.

Die Behandlung hing weitgehend von der "Kategorie" der Arbeiter ab. Westarbeiter hatten nahezu die gleichen Arbeitnehmerrechte wie Deutsche. Polnische Staatsangehörige waren weit schlechter gestellt. Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Gebiet der damaligen Sowjetunion galten als Untermenschen.

Für die meisten Unternehmen gab es zwar Lohnvorteile aus der Zwangsarbeit, sie waren aber laut Historikern nicht bedeutend. Löhne für Westarbeiter wurden nach Abzügen für Unterkunft und Verpflegung ausbezahlt.

Bei den Löhnen für Ostarbeiter wurden die Kosten für Unterkunft und Verpflegung abgezogen. Der Rest wurde grösstenteils dem Staat als Ostarbeitersteuer entrichtet. Für Ostarbeiter blieben oft ein paar Pfennige übrig.

Kriegsgüter und Versorgung

Kriegswichtig waren in erster Priorität Rüstungsgüter (Zulieferer Georg Fischer, Poduzent Fahr) und Metallzulieferer (Alusuisse). Als wichtig eingestuft wurden Produkte für die Wehrmacht. Die Versorgung mit Lebensmitteln (Maggi, Sarotti/Nestlé) hatte ebenfalls hohe Wichtigkeit.

Gegen das Kriegsende hin versiegte auch die Arbeitskraftquelle Zwangsarbeit. Viele Unternehmen mit kriegsunwichtigen Produkten mussten schliessen. Eine andere Möglichkeit war, die Produktepalette umzustellen.

Bei Verzicht auf Zwangsarbeit mussten erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen werden. Diese konnten bei ungenügender Auftragslage bis zum Konkurs führen. Dennoch gab es bei Nichtrüstungsbetrieben Freiräume. Sie reichten bis zu passivem Widerstand gegen das Regime.

Dreifacher Profit

Firmen mit Schweizer Kapital profitierten mehrfach. Einige Unternehmen konnten vor dem Krieg im Zuge der Arisierung jüdische Betriebe billig erwerben. Im Krieg profitierten Schweizer Tochter- und Schwestergesellschaften sowie deren Mutterhäuser von steigenden Umsätzen und Gewinnen.

So steigerte der deutsche BBC-Konzern seine Umsätze zwischen 1939 und 1943 von 137 auf 177,8 Millionen RM. Der Nettogewinn betrug für die Jahre 1940 bis 1943 insgesamt 6 Mio. RM.

Und Ende des Krieges bewahrten Schutzbriefe jene Unternehmen die Schweizer Kapital nachweisen konnten, vor drohender Demontage, Enteignung und Raub durch die Alliierten.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit In Deutschland Die wichtigsten Unternehmen

Extra 1

Bern (sda) Die wichtigsten Unternehmen mit vorwiegend Schweizer Kapital und Zwangsarbeit waren:

Alu Rheinfelden (ALIG/Alusuisse/Algroup, Gesamtzahl: 2879)
BBC Mannheim (BBC Baden/ABB, Januar 1944: 2008, Gesamtzahl: unbekannt)
Georg Fischer Singen (Georg Fischer Schaffhausen, Gesamtzahl: 1707)
Aluminium-Walzwerke Singen (ALIG/Alusuisse/Algroup, Gesamtzahl: 1195)
Tonerdewerk Martinswerk Bergheim/Erft (ALIG/Alusuisse/Algroup, Jahreszahl 1944: 671, Gesamtzahl: unbekannt)
Lonza Waldshut (Lonza/Algroup, Frühjahr 1943: 623, geschätzte Gesamtzahl: bis 800)
Portland Zementwerk Golleschau (Finanzbeteiligungsgesellschaft Contvalor mit SBV-Kapital/UBS, Gesamtzahl: ca. 400)
Maggi Singen (Maggi Kemptthal/Nestlé, Gesamtzahl: 348)
Aluminiumgiesserei Villingen (ALIG/Alusuisse/Algroup, Jahreszahl 1945: 249, Gesamtzahl: unbekannt)
Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft Emmendingen (Ramie-Seiler, Juni 1942: mindestens 160 Zwangsarbeiter, geschätzte Gesamtzahl: 800)
Escher-Wyss Ravensburg (Escher-Wyss/Sulzer, Gesamtzahl: 198-203)
Escher-Wyss Lindau (Escher-Wyss/Sulzer, Zahl 1945: 43, Gesamtzahl: unbekannt).

Nestlé Milchwerk Kappeln (Deutsche Aktiengesellschaft für Nestlé-Erzeugnisse/Nestlé, Firmenarbeitslager: 30-40 Plätze, Gesamtzahl: unbekannt, Schätzungen: 60-80)
Sarotti Berlin (Deutsche Aktiengesellschaft für Nestlé-Erzeugnisse/
Nestlé, Firmenarbeitslager: 80 Belegplätze, Gesamtzahl: unbekannt, Schätzungen: ca. 100)

In Klammern sind zuerst die damaligen Eignerfirmen und dann die Nachfolge-Unternehmen aufgeführt.

Die Zahlen sind in Stadt-, Kreis-, Landes- und Bundesarchiven sowie in Firmenarchiven dokumentiert. Die Gesamtzahl liegt höher.

Einige der oben dokumentierten Zahlen sind nur Jahreszahlen oder Zahlen zu einem bestimmten Stichdatum. Andere sind unvollständig, wiederum andere betreffen nur Belegplätze. Die Schätzungen sind Angaben von Historikern.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Schwierige Quellenlage

Extra 2

Bern (sda) Zahlen über Zwangsarbeit können nur Annäherungen sein. Firmen- und Behördenarchive wurden ausgebombt, entsorgt, vernichtet. Andere verschimmeln in feuchten Kellern. Grossarchive wurden noch nicht aufgearbeitet.

Für einige Betriebe gibt es gesicherte Gesamtzahlen. Bei anderen sind nur Zahlen bei Stichdaten dokumentiert. Die grossen Personalfluktuationen erschweren die Recherchen zusätzlich.

Einige Unternehmen beschäftigten durchgehend Zwangsarbeitende, andere nach Bedarf, wieder andere liehen sich für ein paar Wochen Zivilarbeitende bei benachbarten Unternehmen aus.

Ausgebombte Rüstungsfirmen wurden bei Textilfirmen einquartiert. Rüstungskommandos nahmen Fremdarbeiterverschiebungen vor oder zwangen Unternehmen der Konsumgüterindustrie, Rüstungsgüter mit Zwangsarbeitern zu produzieren.

Ausführliches und bisher nur teilweise aufgearbeitetes Material zu Zwangsarbeit im süddeutschen Raum lagert im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg (mit Zahlen zu allen Rüstungsbetrieben), im Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe und im Archiv der ehemaligen französischen Besatzungsmacht, den Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche, in Colmar.

Keinen Zugang hatten Historiker bisher zu den Archiven der Vereinten Nationen. Am 6. Dezember 1945 erging ein Befehl der Alliierten an alle Betriebe des ehemaligen Deutschen Reichs. Es war die Nachforschung über Zivilarbeiter und Militärangehörige der Vereinten Nationen.

Die Betriebe wurden aufgefordert, alle Unterlagen den Vereinten Nationen zu übergeben. Wo dieses Archivmaterial heute lagert, ist nur teilweise bekannt. In vielen städtischen Ämtern gibt es noch Kopien der damals angefertigten Listen.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Spurensuche: Sisyphus und Sherlock Holmes

Extra 3

Bern (sda) Das nationalsozialistische Regime zeichnete sich durch Fanatismus und Akribie aus. Der ideologische Wahn schlug sich auch administrativ nieder: Nahezu alles wurde dokumentiert.

In unzähligen deutschen Archiven lagern bisher nicht aufgearbeitete Daten zu Zwangsarbeit. Viele Lokal- und Regionalhistoriker arbeiten das Material auf.

Spurensuche und Spurensicherung gehen verschlungene Wege. Bei Grossunternehmen sind die Namenslisten der Fremdarbeiter oft relativ schnell auffindbar. In einem aufwändigen Verfahren müssen die Namen EDV-mässig erfasst, verglichen und ausgezählt werden.

Bei kleinen Unternehmen gestaltet sich die Suche schwieriger. Westarbeiter können über Akten der Einwohnermeldeämter, Sozialversicherungen oder Ortskrankenkassen eruiert werden. Ostarbeiter, für die eine Abgabe an den Staat errichtet werden musste, sind in den Listen der Steuerämter zu finden.

Hilfreich sind ferner die Listen der Arbeitsämter und Rüstungskommandos. Oft fehlen auch diese Angaben. Dann können nur Zufälle helfen.

Ein Historiker kann in einem Bauamt auf alte Aktenberge stossen, in denen auf einem Formular der Antrag auf den Bau eines WC und Waschraums vermerkt wird.

In der Begründung heisst es dann: Es ist nicht zumutbar, dass deutsche Arbeitnehmer die selben Örtlichkeiten benutzen wie Ostarbeiter. Die Spurensicherung kann beginnen.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Bestimmung des Begriffs "deutsche Unternehmen"

Extra 4

Bern (sda) Mit dem Beitritt zur Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft erhalten auch alle Tochtergesellschaften von Schweizer Firmen Rechtsschutz vor künftigen Einzel- und Sammelklagen von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen.

Der Begriff "deutsche Unternehmen" wird in den Paragraphen 12 und 16 des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" wie folgt bestimmt:

1. Unternehmen, die ihren Sitz im Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 hatten oder in der Bundesrepublik Deutschland haben, sowie deren Muttergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben.

2. Unternehmen ausserhalb des Gebiets des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, an denen in der Zeit zwischen dem 30. Januar 1933 und dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" deutsche Unternehmen nach Satz 1 unmittelbar oder mittelbar finanziell mit mindestens 25 Prozent beteiligt waren.

3. Der Begriff "deutsche Unternehmen" umfasst nicht ausländische Muttergesellschaften mit Sitz ausserhalb des Gebiets des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 bei Klagen, in denen die einzige vorgebrachte Beschwerde, die auf nationalsozialistisches Unrecht oder den Zweiten Weltkrieg zurückgeht, in keinem Zusammenhang steht mit dem deutschen Tochterunternehmen und dessen Beteiligung an nationalsozialistischem Unrecht, es sei denn, der/die Kläger hat/haben einen Antrag auf Urkundenvorlage (discovery request) gestellt, von dem die Vereinigten Staaten durch den Beklagten schriftlich mit Kopie an den/die Kläger in Kenntnis gesetzt wurden und mit dem von dem deutschen Tochterunternehmen oder in Bezug auf das deutsche Tochterunternehmen Urkunden über dessen Handlungen im Zweiten Weltkrieg oder in der Zeit des Nationalsozialismus angefordert werden.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Zwangsarbeit: Ein komplexes System von Ausbeutung und Unterdrückung

Analyse

Von Roderick von Kauffungen, sda

Bern (sda) Während des Zweiten Weltkriegs waren in Firmen mit Schweizer Kapital über 11 000 Zwangsarbeitende beschäftigt. Dies hat eine sda-Recherche ergeben. Die Zahl ist in Archiven dokumentiert.

Die effektive Zahl liegt höher. Die Archiv-Angaben zu vielen Unternehmen sind noch unvollständig. Ferner wurden Schweizer Firmen im Elsass und in Vorarlberg nicht erfasst.

Die Schweizer Kapitalanteile sind zudem oft unklar. Nicht wenige Schweizer Firmen begannen in den 30er Jahren mit Schweizer Kapital und verkauften ab 1939, als Enteignungen befürchtet werden mussten, Anteile an deutsche Kapitaleigner.

Es fanden auch treuhänderische Auslagerungen statt. Diese Kapitalanteile wurden im Wissen um die Niederlage von Nazi-Deutschland ab 1944 wieder rücktransferiert.

Doppelter Rechtsschutz

Am 25. August läuft die Frist ab, die Richter Edward Korman Schweizer Unternehmen gesetzt hat, allfällige Zwangsarbeit bei ihren deutschen Töchtern während des Zweiten Weltkriegs anzugeben. Melden sich die Firmen, sind sie im Bankenvergleich eingeschlossen.

Melden sie sich nicht, riskieren sie laut Korman Einzel- oder Sammelklagen. Allerdings können jene Firmen, die der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beitreten, rechtlich nicht mehr belangt werden.

Wolfgang Gibowski, Sprecher der Stiftungsinitiative, hält fest, dass gemäss Vereinbarung zwischen den Regierungen Deutschlands und der USA auch deutsche Töchter ausländischer Firmen, die Mitglieder der Stiftungsinitiative sind, Rechtsschutz geniessen.

Pfeiler der Rüstungsindustrie

Von 1939 bis 1945 arbeiteten etwa acht Millionen ausländische Zivilarbeitende, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus 20 europäischen Ländern in unzähligen Unternehmen in Grossdeutschland. Es gab etwa 30 000 Lager.

Alle grösseren Industrieunternehmen, die ab 1943 noch produzierten, galten als kriegswichtig. Nur sie erhielten grössere Zwangsarbeiterkontingente. Rüstungsbetriebe hatten Priorität. Rüstungskommandos nahmen die Zuweisungen vor.

Ohne Zwangsarbeiter war ein geregelter Ablauf von Grossproduktionen nicht möglich. Die deutschen Männer waren an der Front oder gefallen und mussten in den Betrieben ersetzt werden. Historiker gehen von folgendem Richtwert aus: Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten waren auf Zwangsarbeit angewiesen.

Betriebe mit Schweizer Kapital, die Metalle lieferten, (Alusuisse), Teile für Rüstungsgüter produzierten (Georg Fischer), Nahrungsmittel herstellten (Maggi) oder Textilien für die Armee fertigten (Schiesser), beschäftigten durchgehend Zwangsarbeitende.

155 Firmen in französisch besetzter Zone

Das Schweizer Konsulat in Baden-Baden hatte unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine Liste mit 155 in der französisch besetzten Zone ansässigen Unternehmen angefertigt. Mit Schutzbriefen sollten sie vor Enteignung, Demontage oder Raub geschützt werden.

Allerdings handelte es sich zum Teil um unbedeutende Kleinstunternehmen. Einige der aufgeführten Firmen mussten während des Krieges ihren Betrieb einstellen.

Archive in Colmar

Die französische Besatzungsmacht hatte 1946 eine Liste mit 91 Namen in Südbaden erstellt. Die Unternehmen mussten damals auch erklären, ob sie Zwangsarbeitende eingesetzt hatten.

Wichtige Schweizer Tochter- und Schwesterunternehmen, auch solche mit Zwangsarbeit, fehlen in beiden oben erwähnten Listen.

Weites Spektrum der Behandlung

Die Praxis der Zwangsarbeit war nicht neu. Bereits während des Ersten Weltkrieges wurden Zwangsarbeitende in Schweizer Tochterfirmen beschäftigt.

Der ökonomische Grund für Zwangsarbeit war der Arbeitskräftemangel. Ideologisch wurde die Zwangsarbeit mit der ökonomischen Nutzung des als minderwertig geltenden Lebens von Juden, Osteuropäern, Russen, Oppositionellen, Homosexuellen und Zigeunern legitimiert.

In einer ersten Phase sträubten sich viele Unternehmen, Zwangsarbeitende einzustellen. Die ökonomische Effizienz der ungelernten Menschen war gering. Das änderte sich im Verlauf des Krieges. Die Betriebe hätten ohne umgeschulte Fremdarbeiter nicht mehr überleben und produzieren können.

Das Spektrum der Beschäftigung reichte von freiwilliger Fremdarbeit über Zwangszuweisung bis zu Sklavenarbeit. Es gab familiären Beschäftigungen in Klein- und Bauernbetrieben, aus denen bis heute andauernde Freundschaften wurden. Und es gab sadistische Tötungspraktiken in Unternehmen mit KZ-Häftlingen.

BBC-Tochter im KZ Buchenwald

Zuerst wurden Fabriken in Nähe der Konzentrationslager gebaut. Dann wurden Hunderte von KZ Aussenstellen bei Rüstungsfabriken installiert.

KZ-Häftlinge können nur für ein Unternehmen mit Schweizer Kapital nachgewiesen werden. Die BBC Tochter Stotz-Kontakt verlagerte in den letzten Wochen des Krieges Maschinen und Einrichtungen ins KZ Buchenwald. Dort wurden kurzfristig Teile für die unbemannte Grossrakete V2 produziert.

Privilegierte und Untermenschen

Die moralische Verantwortung der Unternehmen beginnt aus heutiger Sicht bei der Behandlung der Zwangsarbeitenden. Die Behandlung hing weitgehend von der "Kategorie" der Arbeitenden ab.

Westarbeiter hatten nahezu die gleichen Arbeitnehmerrechte wie die Deutschen, Ostarbeiter, etwa aus Polen, weit weniger. Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem Gebiet der damaligen Sowjetunion galten als Untermenschen. Sie wurden oft zu Tode geprügelt.

Ökonomie versus Ideologie

Der sich im Laufe des Krieges verschärfende Arbeitskräftemangel hatte auch Auswirkungen auf Behandlung und Entlöhnung der Fremdarbeiter.

In den ersten Kriegsjahren wiesen die geschulten Westarbeiter eine höhere Arbeitseffizienz als Ostarbeiter auf. Im Verlauf des Krieges liessen sich viele Westarbeiter - teils aus politischen Gründen - krank schreiben, um nicht mehr arbeiten zu müssen.

Französische Kriegsgefangene bei Lonza Waldshut schluckten Quecksilber, um sich krank schreiben zu lassen. Einige starben.

In den späteren Kriegsjahren vollbrachten die Ostarbeiter erstaunliche Arbeitsleistungen, sofern sie gesundheitlich dazu in der Lage waren. Denn es nützte den Unternehmen wenig, ungelernte, geschwächte und kranke Arbeitnehmer so zu schikanieren, dass sie dem Unternehmen ökonomisch wenig bis nichts brachten.

Der ökonomische Nutzen der Ostarbeiter wurde spätestens ab 1942 höher als Rassevorgaben bewertet. Umschulungen und Leistungsprämien erhöhten deutlich die Arbeitsleistungen.

Generell keine Lohnvorteile

Für die meisten Unternehmen gab es zwar Lohnvorteile aus der Zwangsarbeit, sie waren aber laut Historikern nicht bedeutend. Löhne für Westarbeiter wurden nach Abzügen für Unterkunft und Verpflegung ausbezahlt.

Bei den Löhnen für Ostarbeiter wurden die Kosten für Unterkunft und Verpflegung abgezogen. Der Rest wurde grösstenteils dem Staat als Ostarbeitersteuer entrichtet. Für Ostarbeiter blieben vor allem zu Beginn der Kriegsjahre ein paar Pfennige übrig, in einigen Betrieben nur als Firmengeld ausgegeben.

Flexibles Zwangsarbeitersystem

Kriegswichtigen Rüstungsbetrieben wurden Zwangsarbeitende, das heisst Zivilpersonen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge, Männer, Frauen und auch Kinder, zugeteilt. Firmen mussten dazu Anträge stellen, die geprüft wurden.

Unternehmen mit Männerarbeit waren mehr auf Zwangsarbeit angewiesen als solche mit traditioneller Frauenarbeit. In Zigarrenfabriken mit einem Frauenanteil um die 90% waren genügend Arbeitskräfte vorhanden.

Die Nazi-Ideologie verbannte allerdings die deutsche Frau ins häusliche Heim. Sie hatte am Kochherd zu stehen, Kinder zu gebären und grosszuziehen. Diese ideologische Barriere konnte bis Kriegsende nie ganz überwunden werden.

Kriegsgüter und Versorgung

Kriegswichtig waren in erster Priorität Rüstungsgüter, aber auch Zulieferer und die metallverarbeitende Industrie. Als wichtig eingestuft wurden ferner Produkte für die Wehrmacht, wie Fahrzeuge, Uniformen, Stiefel und Pistolentaschen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln hatte ebenfalls hohe Priorität. Die Produktion in Nahrungsmittelbetrieben bis hin zu Metzgereien war unverzichtbar.

Gegen Kriegsende versiegte auch das Reservoir an Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen. Unternehmen mit kriegsunwichtigen Produktionen mussten auf Grund mangelnder Arbeitskräfte schliessen.

Neue Produkte und Beziehungen

Eine andere Möglichkeit war, die Produktepalette umzustellen. Seidenwebereien hatten ihren traditionellen Absatzmarkt nicht mehr. Um zu überleben, wurden neue Kunden gesucht.

Seidenstoffe wurden nicht mehr für Frauenblusen, sondern für Fallschirme gewirkt. Auch Aufträge der Wehrmacht für Uniformen oder der SS für Schwarzhemden waren lukrativ. Die neuen Kunden sorgten für gute Beziehungen und für Zwangsarbeitende.

Granaten statt Stoffe

Unternehmen wurden ebenfalls fremdbestimmt. Die politische und militärische Führung diktierte im Laufe des Krieges immer mehr, was produziert werden musste, um den "Endsieg" zu erringen. Konsumgüterproduzierende Unternehmen wurden der Rüstungsindustrie einverleibt.

Im Oktober 1943 waren in der badischen Textilindustrie 16 900 Beschäftigte in originärer und 2300 Beschäftigte in brachenfremder Produktion (19 Betriebe) eingesetzt. Im September 1944 hatte sich das Verhältnis signifikant verändert: 13 500 Beschäftigte in originärer und 4907 in branchenfremder Produktion (32 Betriebe).

In Webereien wurden von einem Tag zum andern die Webstühle weggeschafft. In den Betriebshallen mussten mit neuen Maschinen und unter neuer Leitung Bestandteile für Granaten produziert werden. Die Unternehmen hatten zu kuschen und zu produzieren.

Sie profitierten aber von den Aufträgen. Die Umsätze der BBC Mannheim und ihrer Tochterunternehmen stiegen zwischen 1939 und 1943 von 137 auf 177,8 Millionen RM an. Der Nettogewinn betrug 1939 1,4 Mio., 1940 2,8 Mio. und sank in den folgenden beiden Jahren vermutlich wegen erhöhter Investitionen auf 1,8 Mio. (1941) und 1,4 Mio. RM (1942).

Freiraum bis zum Konkurs

In Deutschland gab es während der Nazizeit für viele Unternehmen, vor allem für jene, die keine Kriegsgüter produzierten, trotz allem Freiräume im Umgang mit Zwangsarbeit und Zwangsarbeitenden.

Das politische System war allerdings unberechenbar. Partei, Gestapo und SS überwachten, ob Unternehmen in der Behandlung ihrer Zwangsarbeiter die ideologischen Rassevorgaben auch umsetzten. Die Klassierungen gingen von den Arieren über Franzosen, Italienern bis hinunter zu Polen und den "Untermenschen" Russen.

Bei Zuwiderhandlungen drohten Schikanen wie Enteignungen, Übernahmen und Schliessungen. Bei Verzicht auf Zwangsarbeit mussten zumindest erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen werden. Diese konnten bei ungenügender Auftragslage bis zum Konkurs führen.

Widerstand und Musterbetrieb

Dennoch widersetzte sich in Badisch-Rheinfelden die Schweizer Tochter Kraftübertragungswerke (KWR) jeglicher Nazi-Infiltration und Zwangsarbeit. Nebenan liess die Alu Rheinfelden russische Kriegsgefangene verlumpen und tot schlagen.

Die Zigarrenfabrik Villiger in München beschäftigte Mitglieder der verfolgten Zeugen Jehovas. Die Firma trotzte bis zu ihrer Ausbombung im Jahre 1943 den Druckversuchen der Gestapo.

Zu nationalsozialistischen Musterbetrieben, teils unter strammer Partei- und SS-Führung, entwickelten sich Maggi in Singen und Schiesser in Radolfzell. Auszeichnungen für diese Betriebe waren der Lohn des Nazi-Regimes.

Mehrfacher Profit

Firmen mit Schweizer Kapital profitierten mehrfach. Firmen wie die Zigarrenfabrik Burger konnten vor dem Krieg im Zuge der Arisierung jüdische Betriebe billig erwerben. Andere wie die Zigarrenfirma Hediger verhielten sich gegenüber den jüdischen Eignern korrekt.

Ab 1940 profitierten vor allem kriegswichtige Unternehmen mit einem grossen Männeranteil in der Arbeiterschaft von Zwangsarbeit. Ohne sie hätten diese Unternehmen Aufträge nicht ausführen können und ihre Werke schliessen müssen.

Und Ende des Krieges konnten jene Häuser, die Schweizer Kapital nachweisen konnten, auf die Karte Neutralität setzen. Schutzbriefe bewahrten sie vor drohender Demontage, Enteignung und Raub durch die alliierten Besatzer.

Vorbereitungen im September 1944

Bereits am 20. September 1944 bittet die Zeitschrift der Schweizer im Ausland das Schweizer Konsulat in Baden-Baden, Schutzbriefe für 24 namentlich genannte Firmen zwischen Konstanz und Singen mit Schweizer Kapital auszustellen.

Darunter befinden sich Firmen wie Maggi, Georg Fischer, Aluminium-Walzwerke, Schiesser, Schwarzenbach und Fahr.

Schweizer Fahne statt NS-Emblem

Die Schweizer Töchter arrangierten sich schnell mit den Besatzern. Die Maggi in Singen montierte laut Zeitzeugen in der Nacht vor dem Einmarsch der Franzosen am 24. April 1945 in Singen das Emblem des nationalsozialistischen Musterbetriebes ab.

An Stelle des Emblems wehte die Schweizer Fahne. Noch am selben Tage waren die Maggi-Fabrikhäuser mit Schweizer Schutzbriefen ausgestattet, eine notabene gut vorbereitete Aktion.

1944/45, als sich das Ende der NS-Herrschaft abzeichnete und Enteignungen, diesmal durch die Alliierten, drohten, wurden Anteile wieder zurück gekauft bzw. rücktransferiert. Schweizer Kapitaleigner rüsteten sich früh für die Stunde Null.

Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit in Deutschland
Zahlen zu Unternehmen, Zivilarbeitenden und Kriegsgefangenen

Dokumentation von Roderick von Kauffungen, sda

Bern (sda) Firmen mit Schweizer Kapital während des Zweiten Weltkrieges haben in Deutschland über 11 000 Zwangsarbeitende beschäftigt. Diese Zahl ist in Archiven dokumentiert. Unternehmen im Elsass und in Vorarlberg wurden nicht erfasst.

Am 25. August läuft die Frist ab, die Richter Edward Korman Schweizer Unternehmen gesetzt hat, allfällige Zwangsarbeit bei ihren deutschen Töchtern während des Zweiten Weltkriegs anzugeben.

Grössere Firmen haben bereits seit längerem die Problematik intern oder extern recherchieren lassen. Kleinere Unternehmen stehen vor grossen Schwierigkeiten bei der Rekonstruktion ihrer Firmengeschichte. Die sda hat bei 76 Firmen recherchiert.

1,5 Milliarden Franken

Vor allem in Südbaden hatten sich bereits vor dem Krieg viele Tochter- und Schwestergesellschaften Schweizer Firmen niedergelassen. Die im November 1945 gegründete "Vereinigung Schweizerischer Unternehmer in Südbaden" vertrat die Interessen im damaligen Landeskommissariat Konstanz.

Dieses umfasste die Landkreise Konstanz, Überlingen, Stockach, Villingen, Donaueschingen, Waldshut und Säckingen. Leiter der Vereinigung war der ehemalige Kanzler (Verwaltungschef) und Vizekonsul des Konsulats Baden-Baden, Franz Ghisler, der zum Konsularvertreter in Konstanz ernannt worden war.

Die Vereinigung vertrat Interessen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken. Das allein zwischen Konstanz und Singen investierte Schweizer Kapital betrug 1944 48 Millionen Franken.

Besitz vor 1945

Die sda hat Unternehmen längs des Rheins untersucht. Zudem wurden wichtige Tochter- und Schwesterfirmen im übrigen Deutschland überprüft. Es folgt eine geografisch von West nach Ost geordnete Aufzählung von Firmen mit Schweizer Kapital und Zwangsarbeit.

Ausgeschlossen sind Firmen, die nach dem Krieg von Schweizer Unternehmen erworben wurden. Ferner wurde die Zwangsarbeiterfrage in Unternehmen mit Schweizer Kapital auf dem Gebiet des heutigen Österreichs und Frankreichs nicht recherchiert.

Rüstungsunternehmen Brown Boveri & Cie

Bei der deutschen Brown Boveri & Cie (mehrheitlich Schweizer Kapital, Stammhaus BBC in Baden) waren weit über 2000
Zwangsarbeitende beschäftigt. BBC Deutschland entwickelte sich im Laufe des Krieges zum grössten Unternehmen innerhalb der badischen Rüstungsindustrie.

BBC produzierte Turbinen für Kriegsschiffe, Höhenprüfstände und Zünder für Flugzeugmotoren, Antriebsaggregate für U-Boote. Als entsprechend kriegswichtig wurde das Unternehmen von der Nazi-Führung eingestuft. Waffen wurden nicht produziert.

Die Konzernzentrale befand sich in Mannheim-Käfertal, wo auch produziert wurde, selbst nach den schweren Bombardierungen im Jahre 1943. Die Konzernleitung wurde daraufhin nach Heidelberg verlegt.

Der BBC waren fünf weitere Unternehmen in Nordbaden angeschlossen: Stotz-Apparatebau in Ebersbach, Stotz-Kontakt in Heidelberg sowie Isolation AG, Rheinkabel und Gleichrichterbau, alle drei in Mannheim. Ferner gab es Zweigwerke in Dortmund,
Gross-Auheim und Wien.

Politisch missliebige Unternehmensführung

Die Unternehmensleitung war trotz ihrer Produktions- und Forschungserfolge politisch unbeliebt. Nazi-Infiltrationen hatten wenig Erfolg. Zudem hatten der Vorstandvorsitzende Karl Schnetzler und sein Stellvertreter Hans Hammerbacher jüdische Ehefrauen.

Hammerbacher machte zudem aus seiner nazifeindlichen Haltung keinen Hehl. Er wurde 1944 von der Gestapo verhaftet, wie Roland Peter in seinem für die Thematik wichtigen Buch "Rüstungspolitik in Baden" (1995) schreibt.

Mindestens 2008 Zwangsarbeitende

Laut Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg waren am 20.11.1942 bei BBC 1269 ausländische Arbeiter beschäftigt (17,7% der Belegschaft), am 31.5.1943 waren es 1757 (23,1%), am 31.1.1944 2008 (25,4%) und am 31.7.1944 1849 (23,5%). Die Gesamtzahl ist auf Grund der vielen Personalfluktuationen nicht zu ermitteln. Sie dürfte weit über 2000 gelegen haben.

Der Sprecher der deutschen Asea Brown Boveri (ABB), Martin Büllesbach, bezeichnet die Quellenlage zu Zwangsarbeit bei BBC als äusserst schwierig. Viele Firmenakten seien bei der Fusion von 1988 entsorgt worden.

Gesicherte Firmenangaben zu Zwangsarbeit liegen nicht vor. Die meisten Behördenakten wurden bei den Bombardierungen von Mannheim zerstört.

Produktion im KZ Buchenwald

Peter hat recherchiert, dass die BBC-Tochter Stotz-Kontakt in den letzten Wochen des Krieges Maschinen und Einrichtungen von Mannheim ins KZ Buchenwald verlegte. Dort wurden kurzfristig Teile für die unbemannte Flüssigkeitsgrossrakete V2 produziert.

Damit korrigiert Peter gegenüber der sda die betreffende Passage in seinem Buch. Die entsprechenden Akten befinden sich im Badischen Generallandesarchiv in Karlsruhe (GLA 465a/59/2/11766).

ABB hat in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt und eine Zahlung in den Schweizer Bankenvergleichsfonds angekündigt.

Sulzer in Mannheim und Stuttgart

Die 1881 von Gebrüder Sulzer in Deutschland gegründete Maschinenfabrik in Ludwigshafen am Rhein verfügte 1934 über Pumpen- sowie Dieselmotorenabteilungen und eine Giesserei. Als Folge der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurde die Maschinenfabrik 1939 an die Halbergerhütte GmbH verkauft.

Aus politischen Gründen stellte Sulzer alle Geschäftskontakte mit der Halbergerhütte kurz darauf ein. Die aus der eigenen Abteilung Heizung und Klima sowie aus der 1913 übernommenen Firma Recknagel gebildeten Sulzer-Centralheizungen GmbH, Mannheim, übernahmen 1932 die süddeutschen Filialen der Johannes Haag AG.

Als Folge der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen wurde 1936 der Firmensitz von Mannheim nach Stuttgart verlegt. 1938 wurde Stuttgart zum Hauptsitz.

Sulzer-Niederlassungen gab es im November 1940 laut Auskunft des Staatsarchivs in Ludwigsburg in Mannheim, München, Freiburg, Frankfurt, Berlin, Ludwigshafen und Strassburg. 1943 wurden die Werke in München, Mannheim und Ludwigshafen durch Bombenangriffe zerstört.

Sulzer geht von Zwangsarbeit aus

Sulzer-Sprecher Hans-Caspar Ryser sagt, dass auf Grund der Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Personal während des Krieges Zwangsarbeit nicht völlig ausgeschlossen werden könne.

Da jedoch keine industrielle Fertigung mehr betrieben worden sei, müsse davon ausgegangen werden, dass die Zahl von Zwangsarbeitern zu jener Zeit sehr gering gewesen sein musste. Weder die befragten Stadtarchive von Mannheim und Stuttgart noch die Firmenunterlagen geben aktenkundige Hinweise auf Zwangsarbeit.

Widerstand bei Sulzer-Tochter in Paris

Die französische Sulzer-Tochter Compagnie de Construction Mécanique Procédés (CCM) im besetzten Paris leistete laut Ryser lange passiven Widerstand gegen die Einmischung der Deutschen und den Auftrag, Kriegsgüter zu produzieren.

Erst 1944 wurde das Werk gezwungen, eine Komponente für eine FLAB-Kanone zu fertigen. Sabotiert wurden wiederholte Versuche, Mitarbeitende zu deportieren. Sulzer hatte noch eine zweite Tochter, die Société Anonyme Chauffage Central Sulzer Paris (CCS).

Ramiefaser-Verarbeitung in Emmendingen

In Emmendingen befand sich die Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft. Der deutsche Ingenieur Franz-Josef Baumgartner entwickelte das Textilunternehmen zu einer innovativen Firma. Das Unternehmen verarbeitete Ramiefasern, eine Bastfaser. Das Produkt wurde vor allem für die Herstellung von Glühstrümpfen verwendet.

Ramie hatte eine Quasi-Monopolstellung in Deutschland. Die Basler Industriellen und Brüder Alfred und Max Hopf kauften sich in den Dreissiger Jahren in das Unternehmen ein. Sie hielten gemäss einer im Bundesarchiv in Bern abgelegten Liste des Konsulats in Baden-Baden eine Mehrheit von 59%, offenbar bereits vor 1933.

Die Mehrheitsbeteiligung hielt vermutlich während des Krieges. Es kann aber auch zu treuhänderischen Auslagerungen gekommen sein. Dies umso mehr, weil die beiden Brüder gemäss Nachkommen nicht mehr in Deutschland einreisen konnten und eine Enteignung befürchteten.

Auf einer Liste des Schweizer Konsulats in Baden-Baden von 1951 figuriert die Erste Deutsche Ramie-Gesellschaft immer noch als Gesellschaft mit Schweizer Kapital. In den 50er Jahren war die Firma offenbar völlig in Händen der Familie Hopf.

Flugzeugteile für Opel

Ein Teil des für die Region bedeutenden Unternehmens fertigte im Krieg für Opel Flugzeugteile. Die Rüstungsproduktion nahm immer mehr an Bedeutung zu. Der Emmendinger Stadtarchivar Hans-Jörg Jenne bestätigt die Zwangsarbeit bei Ramie.

Im Stadtarchiv ist eine Liste mit 2016 Zwangsarbeitenden für die Stadt Emmendingen abgelegt. Darunter befinden sich 463 Kriegsgefangene und 1553 Zivilarbeitende.

Ein grosser Teil dieser Menschen arbeitete für Ramie. Eine dokumentierte Gesamtzahl gibt es zur Zeit nicht. Jenne schätzt die Gesamtzahl der Zwangsarbeitenden bei Ramie auf etwa 800.

Der Stadtarchivar verweist auf ein Dokument, in dem die Ramie am 18. Juni 1942 an die Stadtverwaltung schreibt. Darin bittet die Firma um Unterstützung bei der Lebensmittelversorgung ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen.

160 von rund 800 sind dokumentiert

Insgesamt arbeiteten gemäss Ramie zu diesem Zeitpunkt 400 Personen im Betrieb. Laut Schreiben sind in dieser Zahl die 160 Zivilrussen und französischen Kriegsgefangenen nicht inbegriffen.

Das heisst, dass mindestens 160 Zwangsarbeiter bei Ramie im Juni 1942 dokumentiert sind. Die Zahl der Westarbeiter und anderer Kriegsgefangener ist gemäss Dokument offen.

Am 20. Juni 1942 wird bei einer Offertenanfrage für Kanalisationsarbeiten erwähnt, dass zwei Barackenlager für 350 bis 400 russische Zivilgefangene auf dem Gelände zwischen der Ramie und der Maschinenfabrik Wehrle AG errichtet werden. Der grösste Teil der Zivilarbeitenden, vor allem Frauen, arbeitete bei Ramie.

Bei der Bombardierung von Ramie wurden am 28. Februar 1945 insgesamt 125 Zwangsarbeiter bei Ramie getötet. Die Getöteten werden einzeln aufgeführt. 234 Menschen starben insgesamt.

Die Stadtakten berichten über erbarmungswürdige Zustände. Viele Zwangsarbeiter waren verlumpt. Es gab Misshandlungen und Überstellungen ins Freiburger Gefängnis ohne Rückkehr.

Heute heisst die Firma Ramie-Seiler AG und ist eine Kammgarnspinnerei. Die Firma Seiler hatte bei der Fusion mit Ramie 1975 eine Minderheitsbeteiligung, sagt der Vorstand der Gruppe, Robert Seiler. Seit 1998 hält die Gruppe Hopf keinen Anteil mehr.

Burger und Günzburger

In Emmendingen existierte ab 1936 die Burger Söhne Zigarrenfabriken. Die Brüder Max und Rudolf Burger aus dem aargauischen Burg hatten den jüdischen Vorbesitzern Marta Günzburger und Henri Richheimer 1936 die Zigarrenfabrik Günzburger abgekauft.

Der Schweizer Autor Urs Thaler hat in seinem Buch "Unerledigte Geschäfte. Zur Geschichte der schweizerischen Zigarrenfabriken im Dritten Reich" detailliert und auf Akten gestützt beschrieben, wie sich die Gebrüder Burger das bedeutende jüdische Unternehmen zu einem weit unterzahlten Preis sichern konnten.

Die Gebrüder Burger hatten bereits ein Standbein im württembergischen Spaichingen, wo sie 1928 die Zigarrenfabrik Winker & Reiber übernommen hatten. Bei Burger gab es laut Jenne Zwangsarbeit. Genaue Zahlen sind nicht aktenkundig.

Schweizer Zement-Tochter

Die Breisgauer Portland-Cement-Fabrik GmbH in Kleinkems bei Basel wurde 1907 gegründet. 1923 erfolgte die Übernahme durch die E. G. Portland. Die Genossenschaft war das Kartell der Schweizer Zementunternehmen, die mit je einer Genossenschafterstimme vertreten waren.

Die Schweizer Anteile der Breisgauer Firma wurden im Juni 1941 zu 45,5% treuhänderisch an das Zementunternehmen Dyckerhoff in Wiesbaden transferiert, weil eine Enteignung befürchtet wurde. Diese Beteiligung wurde 1944 wieder gekündigt. Während der Kriegszeit musste die Produktion mehrmals stillgelegt werden.

Die Zwangsarbeiterfrage wurde firmenintern nicht näher recherchiert. Dies auch, weil das Unternehmen solidarisch in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt hat, sagt Wolfgang Rüling, Vorsitzender der Geschäftsführung der Holderbank-Tochter.

Seit 1999 ist die Breisgauer Cement GmbH in Efringen-Kirchen eine hundertprozentige Firma des Holderbank-Konzerns, bestätigt deren Sprecher Roland Walker.

Verena Alborino, Leiterin des Museums in der %Alten Schule% in Efringen-Kirchen, sagt, dass sie bei ihren bisherigen Recherchen in den ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen keinen Hinweis auf Zwangsarbeit gefunden habe.

Kalksteinbruch der Lonza

Drei Kilometer entfernt, in Istein, befand sich der Steinbruch der Lonza-Werke in Waldshut. Dort wurde Kalk abgebaut und Kalksteinschotter hergestellt.

Nach dem Krieg wurde der Standort von Lonza an die Heidelberger Cement AG verkauft. Von Zwangsarbeit muss im Lonza-Steinbruch ausgegangen werden.

Lonza mit Zwangsarbeitern

In Weil am Rhein befand sich der Gesellschaftssitz der deutschen Lonza-Werke, ferner ein kleinerer Produktionsbetrieb, die Lonza-Folien GmbH. Das Werk war eher unbedeutend.

Die Lonza-Werke Elektrochemische Fabriken GmbH, Werksleitung Weil, beschäftigte gemäss Akten des Stadtarchivs Weil Ostarbeiter. Dies wird von Stadtarchivar Bruno Richard Rabus bestätigt.

Gerd Springe, Vorsitzender der Geschäftsführung der deutschen Holdinggesellschaft Alusuisse-Lonza GmbH, erklärt, dass der Konzern angesichts der nicht gewichtigen Position des Werkes in Weil keine firmeninterne Recherche unternommen habe.

Die Lonza-Group GmbH hat in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

In Weil ansässig war und ist die Präzisionsschraubenfabrik Fahr GmbH. Der Geschäftsführer und Schweizer Kapitaleigner Bruno Fahr geht von Zwangsarbeit in dem von seinem Grossvater dazumal geleiteten Unternehmen aus.

Die Firma musste während des Krieges zweimal nach Tiengen ausgelagert werden. Sein Grossvater sei wegen seiner nazikritischen Haltung schikaniert worden, sagt Fahr. Dennoch bestätigen die Stadtakten, dass das Werk Ostarbeiter beschäftigte, sagt Stadtarchivar Rabus.

Uhren und Färbereien

Ebenfalls in Weil war die Uhrenfabrik Tschudin & Co K.G. ansässig. Sie hatte Schweizer Kapital. Die Firma trug auch den Namen Tschudin & Schätzle. Das Werk beschäftigte gemäss Stadtakten Ostarbeiter.

Ferner operierte die Firma Vesal GmbH, Spezialfabrik Chirurgischer-Elektromedizinischer und Dentaler Instrumente und Apparate, in Weil. Sie hatte ebenfalls Schweizer Kapital. Auch Vesal beschäftigte laut Rabus Ostarbeiter.

Die unmittelbar am Rhein gelegene Färberei & Appretur Schusterinsel in Weil hatte Schweizer Kapital der Basler Familie Wirth. Sie musste 1939 wegen eines befürchteten Angriffs der Franzosen ins Hinterland ausweichen, kam 1940 zurück und musste 1944 schliessen.

Nach dem Kriege am alten Standort wieder eröffnet, wurde die Färberei 1972 definitiv geschlossen. Die "Schusterinsel" beschäftigte Kriegsgefangene, sagt der Weiler Lokalkenner Albert Vögtlin. Dies wird durch die Akten im Stadtarchiv Weil bestätigt.

Schwarzenbach in Weil

Zwangsarbeit gab es laut Vögtlin ebenfalls bei der Weberei Rob. Schwarzenbach (Mutterhaus in Thalwil) und bei der Färberei Schetty (Basler Kapital), beide in Weil. Die Zwangsarbeit bei Schwarzenbach wird durch Akten im Stadtarchiv von Weil bestätigt. Zu Schetty liegen laut Rabus keine diesbezüglichen Akteneinträge vor.

François Schwarzenbach, Verwaltungsratspräsident der Rob. Schwarzenbach in Thalwil, hat selbst keine Hinweise auf Zwangsarbeit gefunden. Die Firma produzierte unter anderem Fallschirmseide, ein kriegswichtiges Material. Dies dürfte der Grund für die Zwangsarbeit sein.

Suchard in Lörrach

Im Raume Lörrach gab es eine grosse Ansammlung von Firmen mit Schweizer Kapital, erklärt Markus Moehring, Direktor des Museums am Burghof in Lörrach.

Wichtige Arbeitgeber waren die Schokoladenfabrik Suchard (heute Kraftfoods Deutschland), der Pastillenhersteller Wybert ("Gaba") und die Neuzeitliche Schrauben-Industrie-Lörrach Johann Mann (1934 vom Schweizer Johann Mann gegründet, 1982 von NSI Präzisionsdrehteile GmbH übernommen).

Der Sprecher der Kraftfoods Deutschland in Bremen, Rolf Sauerbier, erklärt, dass es keine Firmenunterlagen mit Hinweisen auf Zwangsarbeit bei Suchard gebe, wohl aber bei Kaffee Hag und Jacobs. Die Personalleiterin aus jener Zeit habe beteuert, dass es bei Suchard keine Zwangsarbeit gegeben habe.

Im gut dokumentierten Stadtarchiv gibt es keine Hinweise zu Zwangsarbeit bei Suchard, erklärt Archivarin Danuta Thiel-Melerski. Die deutsche Kraftfoods hat in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Die Suchard-Firmenakten der Muttergesellschaft werden im Musée d'Art de d'Histoire in Neuenburg aufbewahrt. Auch der dortige Mitarbeiter hat keine Hinweise auf Zwangsarbeit gefunden. Es gab ein weiteres Suchard-Werk im heute österreichischen Bludenz.

Gaba-Wybert ohne Zwangsarbeit

Für die Gaba weisen die Akten laut Unternehmenssprecherin Inge Boscheinen keine Zwangsarbeitende nach. Auch die Stadtakten haben keine entsprechenden Einträge, sagen der Regionalhistoriker Walter Jung und die Stadtarchivarin.

Der Geschäftsführer der NSI, Wolfgang Wetzel, erklärt, weder Firmenakten noch befragte Zeitzeugen hätten Hinweise auf Zwangsarbeit ergeben. Das Stadtarchiv hat allerdings Beweise für Zwangsarbeit.

Basler Merian-Gruppe

Ferner gab es im Einzugsgebiet der heutigen Gemeinde Lörrach Textilfirmen mit Schweizer Kapital in den 40er Jahren, so die Druckerei & Appretur Brombach (später in die Basler Textil-Gruppe Merian & Co GmbH eingegliedert).

Die Appretur Brombach wurde sehr viel später an die deutsche Lauffenmühle-Gruppe verkauft. Die Appretur hat laut Stadtarchivarin Thiel-Melerski Zwangsarbeitende beschäftigt.

Die Spinnerei und Weberei Steinen in Steinen (ebenfalls Merian-Gruppe) war während des Zweiten Weltkriegs tätig und stellte später den Betrieb ein. Es blieb noch eine Wirkerei Steinen übrig.

Zwangsarbeit bei Grossmann

Die Weberei Grossmann operierte in Brombach. Sie hatte Kapital der Basler Unternehmerfamilie Feer.

Dass Grossmann Zwangsarbeiter beschäftigte, ist in der Brombacher Ortschronik und im Stadtarchiv Lörrach verzeichnet. Die Nachfolgefirma Grossmann ist heute eine deutsche Immobilienfirma.

Ferner gab es in den Kriegsjahren die nicht mehr existierenden Unternehmen Seidenbandfabrik Sarasin in Lörrach mit Basler Kapital, Seidenweberei Schubiger mit Basler Kapital, Mechanische Seidenstoffweberei Maeder in Lörrach-Rötteln mit Zürcher Kapital und Ruvera Nähseidefabrik GmbH.

Zu Zwangsarbeit ist bei Sarasin, Schubiger und Ruvera nichts aktenkundig. Maeder hat gemäss Stadtarchivarin Thiel-Melerski Zwangsarbeitende beschäftigt.

Keine Zwangsarbeit bei Verpackungsfirma

Die Verpackungsfirma Meyerhofer & Fries, die heute noch existiert, war während des Zweiten Weltkrieges zu 100% im Besitz der Riehener Industriellenfamilie Baltensberger. Laut Willy Baltensberger war die Produktion zu Kriegszeiten sehr eingeschränkt.

Seines Wissens gab es keine Zwangsarbeiter. Dies wird von der Lörracher Stadtarchivarin bestätigt. In den Akten sind nur Grenzgänger verzeichnet.

Die Liste des Schweizer Konsulats in Baden-Baden führt zehn weitere Firmen mit Schweizer Kapital in Lörrach auf.

Danzas prüft Firmenunterlagen

Das in Basel ansässige Transportunternehmen Danzas hatte in Deutschland mehrere Standorte. Vor allem längs der Grenze zur Schweiz gab es gemäss Danzas-Sprecher Patrick Kaiser Büros und Abfertigungsstandorte.

Erwähnenswert sind die Büros in Lörrach, Kehl und Breisach. Der deutsche Hauptsitz befand sich von 1933 bis 1947 in Köln.

Zu Zwangsarbeit ist bei der schweizerischen Danzas nichts aktenkundig. Danzas Deutschland prüft zur Zeit ihre noch vorhandenen Firmenunterlagen, sagt der deutsche Danzas-Sprecher.

Basler Chemie in Grenzach

Die Basler Chemie hatte während der Nazizeit Niederlassungen im nahen Grenzach und in Wehr, ferner in Nürnberg und Berlin.

In Grenzach war die J.R. Geigy AG keine Tochtergesellschaft sondern eine Betriebsstätte der Geigy Basel. Sie zählte gemäss Angaben von Novartis 33 Zwangsarbeitende. Zirka 10 Personen flüchteten nach Kriegsende in die Schweiz.

Das Stadtarchiv von Grenzach verfügt über keine Listen. Es gibt Hinweise auf Zwangsarbeiterlager in Grenzach, sagt Hauptamtsleiter Willi Pfründer. Novartis ist geneigt, einen Beitrag an die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zu bezahlen, erklärt Novartis-Sprecher Felix Räber.

Die F. Hoffmann-La Roche & Co AG in Grenzach (Roche) beschäftigte nach Angaben von Roche zwischen 40 und 60 Zwangsarbeitende, meist Holländer sowie einige Franzosen. Es gab keine Kriegsgefangene. In Berlin unterhielt die Firma ein kleines Verkaufsbüro.

Die Liste des Schweizer Konsulats in Baden-Baden führt drei weitere Firmen mit Schweizer Kapital in Grenzach auf.

In Wyhlen existierte die Eisenbau Wyhlen AG. Sie wurde vom Industriellen Albert Buss mit 100% Basler Kapital gegründet. Auch während der Kriegszeit hatte der Betrieb Schweizer Kapital. Die Firma baute unter anderem Eisenbrücken. Die Akten sagen bisher nichts über Zwangsarbeit aus. Die Frage muss offen bleiben.

Aluminium Rheinfelden

In Badisch-Rheinfelden war die Aluminium GmbH ansässig. Sie war eine Tochter der deutschen Holding Aluminium-Industrie Gemeinschaft in Konstanz (ALIG).

Die ALIG gehörte zu 100% dem Schweizer Mutterhaus, der Aluminium Industrie AG in Neuhausen (1940-1956 Lausanne). Die deutsche Holding hatte Gesellschaften in Rheinfelden, Singen, Villingen, Bergheim/Erft und Lend bei Salzburg.

Weitere Aufschlüsse werden von der Arbeit der deutschen Historikerin Cornelia Rauh-Kühne erwartet, die die Unternehmensgeschichte der Alusuisse-Unternehmen untersucht.

Die deutschen Töchter Alusuisse Martinswerk in Bergheim, Alusuisse Singen und Alusuisse-Lonza haben in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Nahezu 3000 Zwangsarbeitende

Die Aluminium GmbH Rheinfelden hatte gemäss der Studie von Wolfgang Bocks "Die Lager der Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen in Rheinfelden" (1992) über die gesamten Kriegsjahre 2879 Zwangsarbeitende beschäftigt, davon waren 1718 Kriegsgefangene. Bocks hat die Personalkarten im Stadtarchiv Rheinfelden ausgezählt.

Wichtigste Gruppen waren die 858 russischen und 614 französischen Kriegsgefangenen. Ferner wurden 246 französische Zivilarbeitende und 11 russische Zivilarbeiter beschäftigt. Zu erwähnen sind ferner 322 Zwangsarbeitende aus Italien und 171 Fremdarbeitende aus Belgien.

Das General-Landesarchiv in Karlsruhe hat eine Liste vom März/April 1943, die 1658 Arbeiter aufführt, davon waren 622 Ausländer. Laut Akten im Militärarchiv in Freiburg arbeiteten am 31.7.1944 1149 ausländische Arbeitskräfte im Werk.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Alusuisse-Lonza verweist auf die firmeninterne Recherche. Demnach haben Ende 1944 noch 350 Kriegsgefangene und 200 zivile Zwangsarbeiter im Werk gearbeitet. Im Verlauf des Jahres 1944 ging allerdings die Produktion in Rheinfelden stark zurück.

Die russischen Kriegsgefangenen galten wie alle Ostarbeiter aus der ehemaligen Sowjetunion als Untermenschen. Sie wurden gemäss Zeitzeugnissen schlecht ernährt und in Lumpen gekleidet.

Zu Tode geprügelt

Viele wurden sadistisch gequält und zu Tode geprügelt, sagt die Rheinfelder Archivarin Karin Wortelkamp. Zwangsarbeiter, die gegen die Betriebsdisziplin verstiessen, wurden in ein Straflager bei Oberndorf abtransportiert.

Zeitzeugen, die von Wortelkamp interviewt wurden, sagen aus, dass Rheinfelder Bürger Nahrungsmittel an der täglichen Wegstrecke der Russen ausgelegt hätten. Die Kriegsgefangenen seien derart ausgehungert gewesen, dass sie sich wegen der kümmerlichen Essensreste gegenseitig fast zu Tode geschlagen hätten.

Die Arbeit an sich war schoon hart und durch die giftige Fluorverbindungen gesundheitsschädigend. Zudem waren Achtstunden-Schichten ohne jegliche Nahrung vorgeschrieben.

Im Rhein ertrunken

Einige Russen konnten die Qualen nicht länger ertragen. Sie flüchteten über den Rhein, in dem die meisten als Nichtschwimmer ertranken.

Hingegen gelang mehreren gut organisierten Franzosen die Flucht über den Grenzfluss. Die Fluchten über den Rhein in die Schweiz nahmen in Grenzbetrieben derartige Ausmasse an, dass ab 1942 versucht wurde, in einer 20 km breiten Zone die französischen Kriegsgefangenen durch russische Kriegsgefangene zu ersetzen.

Die Niederlage bei Stalingrad durchkreuzte auch diesen Plan. Russische Kriegsgefangene wurden ab 1943 zur "Mangelware".

Diejenigen Kriegsgefangenen, die in Rheinfelden das rettende Ufer nicht erreichten, wurden aufgegriffen und teils erschossen. 84 Fluchtversuche über den Rhein sind im Stadtarchiv registriert, 70 Ostarbeiter wählten diesen Weg in Freiheit und meist in den Tod.

IKRK-Präsident war Konzernchef

Zwischen der Firmenleitung in Lausanne und dem Werk in Rheinfelden bestanden gemäss den Recherchen von Bocks regelmässige Kontakte. Alle 14 Tage wurden die zu treffenden Massnahmen besprochen.

Die Alu Rheinfelden wurde als nationalsozialistischer Musterbetrieb ausgezeichnet. Werkleiter war der Reichsdeutsche Achim Tobler, der einer Lausanner Professorenfamilie entstammte. Tobler war Mitglied der SS. Präsident der Schweizer Mutterholding Schweizerische Aluminium (Alusuisse) war Max Huber.

Der Völkerrechtler war zugleich Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) (1928-1947). Ende 1992 wurde das Werk von der Alusuisse-Lonza verkauft.

In Badisch-Rheinfelden existierte die Blechwarenfabrik Gempp + Unold mit Basler Kapital. Sie beschäftigte gemäss Bocks 16 Zwangsarbeiter, darunter 10 Russen. Ob die Firma mit der schon längere Zeit nicht mehr existierenden Gempp & Unold in Nunningen (SO) verbunden war, konnte nicht abgeklärt werden.

Nazikritische Werksleitung

Laut Bocks waren in Badisch-Rheinfelden die Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) ansässig. Sie waren mehrheitlich im Besitz der Elektrobank (später Elektrowatt in Zürich).

Das Werk mit einer nazikritischen Werksleitung hatte keine Zwangsarbeiter. Das Fehlen von Zwangsarbeit gilt generell für Kraftwerke in Kriegszeiten, weil die Sabotagegefahr als zu gross eingeschätzt wurde.

CIBA in Wehr

In Wehr war ab 1943 die CIBA AG ansässig. Das deutsche Werk hatte seine Fabrikation von pharmazeutischen Produkten nach der Bombardierung seines Standorts in Berlin-Wilmersdorf vom 1. März 1943 an die Grenze zur Schweiz verlegt. Der juristische Sitz blieb bis 1946 in Berlin.

CIBA hatte sich in die Räumlichkeiten der Teppichfabrik Wehra AG einquartiert. Teppiche waren damals ein Luxusprodukt. Der Absatz war völlig eingebrochen.

Der kleine CIBA-Betrieb hat vor allem deutsche Arbeitnehmende beschäftigt. Zeugenbefragungen durch Reinhard Valenta, Leiter des Kulturamtes Wehr, haben keinen Hinweis auf Zwangsarbeit im Jahre 1943 ergeben.

Allerdings gab es Zwangsarbeit in vielen Wehrer Unternehmen. Ob ab 1944 CIBA Zwangsarbeitende beschäftigte, wurde im Stadtarchiv von Wehr bisher nicht recherchiert. Die Frage muss gemäss Valenta offen bleiben.

Fallschirme aus Seide

Zwischen Badisch-Rheinfelden und Waldshut gab es verschiedene Seidenwebereien mit Schweizer Kapital. Schwarzenbach hatte eine weitere Seidenweberei in Bad Säckingen.

Über Zwangsarbeit ist dort nichts aktenkundig. Die Webereien hatten einen höheren Frauenanteil als die Schwerindustrie. Wurde jedoch Fallschirmseide gewoben, muss von Zwangsarbeit ausgegangen werden.

Lonzona in Bad Säckingen

In Bad Säckingen war das kleine Verarbeitungswerk Lonzona AG ansässig. Für die in den 70er Jahren stillgelegte Lonzona gibt es wie für alle anderen Firmen laut Peter Müller, Stadtarchivar in Bad Säckingen, keine schriftlichen Hinweise auf Zwangsarbeit.

Stadtarchivar Müller sagt, dass Zwangsarbeit bei Lonzona auf Grund der Struktur des Betriebes vermutet werden müsse. Dies wird von Regionalhistorikern bestätigt. Alusuisse-Lonza Deutschland hat keine Firmenrecherche zu Lonzona angestellt.

Werkzeuge von Suhner

In Bad Säckingen gab es die Otto Suhner Werkzeugmaschinen GmbH (Stammhaus Brugg). Das Werk wurde 1928 gegründet. Es wurden Handwerkzeuge gefertigt. Zwangsarbeit ist aktenkundig nicht nachweisbar.

Otto Suhner, Konzernchef der Suhner Holding AG in Brugg, sagt, dass er drei Mitarbeiter aus den Kriegsjahren im Zweigwerk Bad Säckingen befragt habe. Diese hätten ausdrücklich versichert, dass es keine Zwangsarbeit gegeben habe. Allerdings seien die Befragten nicht durchgehend im Betrieb gewesen.

Ob das Werk Zulieferer für die Rüstungsindustrie war, ist nicht bekannt. Das Stadtarchiv verfügt über keine Unterlagen.

Brennende Aktenberge

Der Grund für fehlende Akten in vielen Stadtarchiven längs des Rheins ist einsichtig. Im April 1945, kurz vor dem Einmarsch der Franzosen, wurde von der Schweiz aus beobachtet, wie auf deutscher Seite Aktenberge verbrannt wurden.

Dies berichtete zum Beispiel am 23. April 1945 die Basler "National-Zeitung". In dem Artikel heisst es, dass die Bürgermeisterämter längs des Rheins kompromittierendes Material vernichten würden.

In Badisch-Rheinfelden seien am Rhein grössere Aktenbündel verbrannt worden. Die Hitler-Jugend von Bad Säckingen habe zwei Tage zuvor an der Rheinböschung Aktenberge dem Feuer übergeben. In Waldshut wurde belastendes Material in den Hochöfen der Lonza-Werke verbrannt.

Zwangsarbeit in Albbruck

Die Papierfabrik Albbruck (heute im Besitz der finnischen Firmen Metsä Serla & Myllykoski), zu Kriegszeit Holzstoff AG, hat gemäss Zeitzeugen Zwangsarbeitende beschäftigt.

Die Gemeindeverwaltung Albbruck hat bisher rund 30 Anfragen vor allem ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter erhalten. Dies lässt auf eine hohe Zahl schliessen.

Die Firma erklärt, dass keine Angaben vorlägen. Die Papierfabrik Albbruck hat in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Lonza in Waldshut

Bedeutend waren die Lonza-Werke in Waldshut, die vor allem Düngemittel für die Landwirtschaft produzierten. Die 1993 stillgelegten Werke beschäftigten gemäss dem Historiker Wolfgang Glaeser in Freiburg i.B. über 500 Fremdarbeiter.

Laut Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg und im General-Landesarchiv in Karlsruhe waren im März/April 1943 von 1496 Arbeitern 623 Ausländer. Im Stadtarchiv Freiburg liegt eine Akte, nach der bereits im Juli 1940 das Waldshuter Chemiewerk eine Baracke für 200 Kriegsgefangene errichten liess.

Otto Turza, Stadtarchivar in Waldshut, verfügt über eine Liste mit 410 Kriegsgefangenen und 95 Zivilarbeitenden. Die Stadtarchive sind jedoch noch nicht vollständig aufgearbeitet worden.

Die Liste der Zivilarbbeitenden ist daher laut Turz unvollständig. Zeitzeugen berichteten von grösseren Zahlen und von brutalen Arbeitsverhältnissen. Historiker gehen von bis zu 800 Zwangsarbeitern aus.

Für Konzernchef Springe hat die Firmenrecherche für das Kriegsjahr 1944 folgende Zahlen ergeben: Die Belegschaft wies 1527 Beschäftigte, darunter 120 Kriegsgefangene, auf.

Seidenweberei Gessner

In Waldshut operierte die 1906 gegründete und 1966 geschlossene Seidenweberei Gessner & Co GmbH. Sie war eine Tochter der Textilfirma Gessner AG Wädenswil.

Gemäss Gessner-Konzernchef Thomas Isler produzierte die Firma seines Vaters hochwertige Produkte, vor allem Seidenststoffe. Zeitzeugen berichten von Zwangsarbeit. Hinweise auf Zwangsarbeit gibt es im Stadtarchiv in den bisher aufgearbeiteten Akten nicht.

Die Liste des Schweizer Konsulats in Baden-Baden führt vier weitere Firmen mit Schweizer Kapital in Waldshut auf.

In der Nähe von Waldshut, in Reckingen-Küssaburg, befanden sich die Kraftwerke Reckingen, die zur Lonza-Gruppe gehörten. Das Werk war für die Energieversorgung zuständig. Zu Zwangsarbeit ist nichts bekannt, sie kann auf Grund der Sabotagegefahr ausgeschlossen werden.

In Tiengen (Landkreis Waldshut) befanden sich der operative Sitz und Werke der Zigarrenfabrik Villiger, kleinere Zulieferbetriebe in der Umgebung. Ein weiteres Werk befand sich in Griessen. Zwangsarbeit ist für diese Werke nicht aktenkundig, wie die Villiger-Werke in Waldshut-Tiengen erklären.

Schweizer Stumpenfirmen

Urs Thaler, Autor des Buches "Unerledigte Geschäfte – Zur Geschichte der schweizerischen Zigarrenfabriken im Dritten Reich", hat die Stadtarchive von Waldshut durchforstet. Er hat auf den Zwangsarbeiterlisten keinen Eintrag zu Villiger gefunden. Dies wird von Stadtarchivar Turza bestätigt.

Die Zwangsarbeiterproblematik habe in der Zigarrenindustrie keine erwähnenswerte Rolle gespielt, sagt Thaler. Die 1943 ausgebombten Villiger-Werke in München, wo sich der operative Sitz befand, beschäftigten nach Firmenangaben zwei französische Kriegsgefangene.

Wenig Zwangsarbeit bei Burger

Das Schweizer Traditionshauses Burger hatte in seinem Werk in Emmendingen Zwangsarbeitende. Das deutsche Stammhaus lag im württembergischen Spaichingen. In der Stadt gab es Zwangsarbeiterlager.

Burger war der bedeutendste Arbeitgeber und Steuerzahler. Die Akten weisen jedoch nur drei Zwangsarbeitende aus. In Spaichingen hatten bedeutend kleinere Betriebe, metallverarbeitende Zulieferer und Nahrungsmittelversorger, weitaus mehr Zwangsarbeitende.

Zu Rüstungsbetrieben umfunktioniert

Gemäss einem ehemaligen Werkmeister bei Burger, der von Thaler interviewt wurde, wurden seit 1942 in der Filiale Ostrach keine Stumpen mehr hergestellt, sondern Sanitätstaschen für die Firma Bollmann in Tübingen.

In der Filiale Dürbheim wurden ggemäss Werkleiter Schalter für die Elektrofabrik Markwart in Spaichingen gefertigt. Beide Produktionsstätten für Stumpen waren zu Rüstungslieferanten umfunktioniert worden.

Luxusgut Zigarren

Warum bei Stumpenherstellern kaum Zwangsarbeit eingesetzt wurde, ist einleuchtend. Der erste Grund war, dass Zigarren als ein nicht kriegswichtiges Gut eingestuft wurden. Die Soldaten an der Front hatten keine Zeit, Zigarren zu rauchen, wohl aber Zigaretten.

Schweizer Zigarettenhersteller gab es nicht. Die Produkte der deutschen Konzerne wurden als wichtig für die Moral der Soldaten eingestuft. Dort gab es Zwangsarbeitende.

Der zweite Grund war, dass die Zigarrenfabriken traditionell einen extrem hohen Frauenanteil hatten, der bis zu 95% reichte. Deutsche Frauen waren nicht an der Front und konnten sich und ihre Kinder an ihren angestammten und daher von der Parteiideologie geduldeten Arbeitsplätzen durchbringen.

Der dritte Grund war, dass Hersteller von Luxus- und Konsumgütern ohnehin keine Zwangsarbeitende zugeteilt erhielten, selbst wenn sie es gewollt hätten.

Zwangsarbeit im Klettgau

Der Niederweninger Unternehmer Johann Bucher hatte in Griessen im Klettgau ein Zweigwerk, die Maschinenfabrik Johann Bucher (heute Bucher Klettgau GmbH). Bucher hatte einen Anteil von 100%.

Die Tochterfirma hat nach Angaben von Rudolf Hauser, Vorsitzender der Konzernleitung von Bucher Industries AG, der Holdinggesellschaft in Niederweningen, vor allem Güllepumpen sowie Obstpressen für die Landwirtschaft produziert.

Die Firma fertigte laut Hauser keine Rüstungsgüter. Nach Firmenrecherchen waren in Griessen 1941 etwa 10 französische Kriegsgefangene beschäftigt, später ebenso viele russische Arbeiter.

In Erzingen gab es die Textilfirma Stehli & Co AG (Mutterhaus Obfelden). Stehli produzierte in der Schweiz bis Anfang 90er Jahre Seide. Heute verwaltet Stehli nur noch die Firmenimmobilien. Das Unternehmen prüft zur Zeit die Obfeldener Firmenakten zum Werk in Erzingen und allenfalls zu Zwangsarbeit.

Schaffhauser Ziegelfabriken

Die Ziegelwerke Mühlingen (70% Schweizer Aktionariat) und die AG der Ziegelfabriken Thayngen und Rickelshausen (100% Schweizer Aktionariat), beide mit Kapital des Schaffhauser UnternehmersTheodor Schäfle, sind auf einer Liste mit Schutzbriefgesuchen von 1944 zu finden.

Die Ziegelwerke Mühlingen brannten 1941 ab und wurden während des Krieges nicht mehr aufgebaut. 1944 wurde das Schweizer Mutterhaus in die Tonwerke Thayngen AG umbenannt. 1985 wurden diese von der AG Ziegelwerke Horw-Gettnau erworben, erklärt Hans Schäfle.

In Engen werden die Stumpenfabriken Kauz & Co der Unternehmerfamilie Kauz erwähnt. 50% des Kapitals waren in Schweizer Händen. Die Familie Kauz hatte unter anderen noch zwei Werke in Denzlingen. Von Zwangsarbeit ist nichts bekannt.

Traditionsunternehmen Fahr AG

Die deutsche Landmaschinenfabrik Fahr AG wurde 1870 von Johann Georg Fahr in Gottmadingen gegründet. Das expandierende Unternehmen hatte eine Giessere in Stockach und mehrere Filialen in ganz Deutschland, so in Berlin-Lichterfeld, Wesseling/Köln, Nürnberg, Bremen, Stettin, Neumünster und Frankfurt/Main.

1938 beschäftigte Fahr 3000 Mitarbeiter. Heute gehört der Gottmadinger Betrieb zur Kverneland-Gruppe.

Die Fahr in Gottmadingen verfügte gemäss Gesuch für einen Schutzbrief im September 1944 über 21% Schweizer Kapital. Der Niederweninger Unternehmer Johann Bucher hatte einen kleinen Anteil daran.

Von Landmaschinen zu Panzermotoren

Fahr war damals schon ein bedeutender Landmaschinenhersteller. Vor allem die Schlepper, Mähdrescher und Getreidebinder waren unverzichtbar für die Landwirtschaft. Die Produktion hatte damit hohe Priorität für die Landesversorgung. Folgerichtig gab es schon früh Zwangsarbeiter bei Fahr.

In den Dreissigerjahren arbeiteten bei Fahr auch ehemalige KZ-Häftlinge, Kommunisten und Sozialdemokraten, sagt der Historiker Albert Georg Frei aus Singen. Aus welchen Gründen ist unklar. In den frühen Vierzigerjahren wurden Zwangsarbeiter, darunter russische Kriegsgefangene und russische Kinder, beschäftigt.

Die Fabrik wurde zunehmend Zulieferer für die Firma Maybach-Motoren GmbH Friedrichshafen, bevor sie mit ihren Arbeitskräften auch für Maybach arbeitete. Maybach produzierte Panzermotoren.

Gemäss Firmengeschichte soll die zwangsweise einquartierte Rüstungsproduktion 1943 erst 50% der Gesamtproduktion erreicht haben. Die Fahr AG überwies gemäss Stadtarchiv Friedrichshafen im August 1943 eine grössere Arbeitsgruppe zur Umschulung an Maybach. Darunter waren 14 Russen und 34 Russinnen.

Einlagerung von Maybach

Nach der Bombardierung von Friedrichshafen am 28. April 1944 wurden Teile der Maybach-Werke nach Gottmadingen verlegt, mit ihnen zwischen Mai und Juni 1944 481 Personen. Davon waren 21% Deutsche, schreibt die Historikerin Christa Tholander.

Zuvor waren bereits 1246 Arbeitskräfte abkommandiert worden. Tholander, die die Archive in Friedrichshafen ausgewertet hat, kommt im Juni 1944 auf eine Gesamtzahl von 1727 Arbeitern, Deutsche und Ausländer, in den beiden Gottmadinger Produktionsbetrieben.

Nach Recherchen der Historikerin Ingeborg Meier waren in der Endphase des Krieges noch zirka 900 Zwangsbeschäftigte bei Fahr und Maybach tätig. Ende 1944 waren 2007 deutsche Arbeiter registriert, ferner 397 Ostarbeiter und 441 andere ausländische Beschäftigte.

Die grossen Drei in Singen

Der Singener Lokalhistoriker Wilhelm J. Waibel hat in seiner Studie "Schatten am Hohentwiel. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Singen" (1995/7) die Zwangsarbeiterproblematik in drei grossen Schweizer Tochterfirmen untersucht.

Es sind dies die Maggi GmbH, die AG der Eisen- und Stahlwerke vormals Georg Fischer und die Aluminium-Walzwerke (Alusuisse). Die Stadt- und Werkarchive listen laut Waibel zwischen 1939 und 1945 insgesamt 3147 Zwangsarbeitende auf.

SS-Betriebsleiter bei Maggi

Die Maggi GmbH in Singen war eine Tochter der Maggi in Kemptthal (heute Nestlé). 1944 betrug das Schweizer Kapital 10,17 Mio. RM. Dies entsprach einem zu 90% Schweizer Aktionariat.

Maggi war ein nationalsozialistischer Musterbetrieb. Der Betriebsobmann Rudolf Weiss war ein alter Kampfgefährte Adolf Hitlers, Blutordensträger und Angehöriger der SS.

Maggi wurde am 1. Mai 1940 der Titel "Nationalsozialistischer Musterbetrieb" verliehen. Laut Waibel wurden insgesamt 348 Zwangsarbeitende, darunter 184 Fremdarbeiter und 164 Kriegsgefangene, beschäftigt, nach Aussagen der überlebenden Betroffenen unter teils miserablen Bedingungen.

Weitere Unternehmen hatte Maggi in Kiew (Ukraine), in der Tschechoslowakei, Polen, den Niederlanden und Belgien. Hierüber ist wenig bis nichts bekannt.

Maggi wurde 1947 von Nestlé übernommen. Nestlé hat eine Zahlung in den 1,25 Mrd. Dollar schweren Bankenvergleichsfonds angekündigt.

GF-Studie in Arbeit

Die AG der Eisen- und Stahlwerke vormals Georg Fischer in Singen war ein Betriebtsteil der Georg Fischer Schaffhausen. 1944 betrug das Schweizer Kapital 25 Mio. Franken. Dies entsprach einem zu 100% Schweizer Aktionariat.

In Singen waren laut Waibel insgesamt 1604 Personen, darunter 1536 Fremdarbeiter und 68 Kriegsgefangene, zwangsverpflichtet.

Laut Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg waren am 20.11.1942 bei GF 564 ausländische Arbeiter beschäftigt (28% der Belegschaft), am 31.5.1943 waren es 706 (33,3%), am 31.1.1944 904 (40,7%) und am 31.7.1944 779 (36,2%) Fremdarbeitende.

Der ehemalige Stadtarchivar von Schaffhausen, Hans-Ulrich Wipf erarbeitet im Auftrag von GF eine detaillierte Studie zur Firmengeschichte zwischen 1930 und 1945. Die Studie wird Ende dieses Jahres abgeschlossen.

1707 Namen

Wipf bestätigt mehr oder weniger die Zahlen von Waibel. Nach der Sichtung der 40 000 bis 50 000 Personalkarten wurden die Karten mit ausländischen Arbeitskräften während der Kriegszeit aussortiert und EDV-mässig erfasst.

Zwischen September 1939 und April 1945 konnten insgesamt 1707 ausländische Zwangsbeschäftigte durch Wipf identifiziert werden. Einige arbeiteten nur einige Tage bei GF, andere traten ihre Stelle gar nicht an.

Wipf geht von zirka 1500 Längerbeschäftigten aus. Ende 1943 waren von 1977 Arbeitern 904 Ausländer, 850 deutsche Arbeiter waren abwesend, die meisten als Soldaten im Einsatz.

Gusskörper für Wurfgranaten

Das Standardprodukt waren Fittings, das heisst Rohrverbindungsstücke. Ferner wurden auf Order Kundengüsse gefertigt. Für die Wehrmacht wurden Tempergusskörper gegossen, die für Wurfgranaten verwendet wurden.

Im Laufe der Kriegsjahre verlagerte sich die Produktion immer mehr von Zivil- zu Rüstungsgütern. Gemäss Wipf betrug der Anteil an Kriegsgütern 1938 noch 7,8%, 1944 waren es bereits 60% der Gesamtproduktion in Singen.

Versöhnung und Hilfe

Ab 1939 führte Alfred Horstmann das Szepter, ein glühender Patriot, der laut Zeitzeugen trotz starken Drucks der Nazis auch eine soziale Seite zeigen konnte. Die Firma blieb laut Waibel ein ideologisch relativ gemässigtes Unternehmen.

GF hat sich bei Geschichtsforschung und Vergangenheitsbewältigung sehr kooperativ gezeigt. Zum 100-Jahr-Jubiläum der Firma wurden 1995 11 ehemalige Zwangsarbeiter und der Vorsitzende der Zwangsarbeiter-Union des Gebiets Poltava (Ukraine) als Ehrengäste nach Singen eingeladen.

Die deutsche Georg Fischer unterstützt die Partnerschaft zwischen Singen und der ukrainischen Stadt Kobeljaki. Auch das dortige Spital profitierte von Firmenspenden.

1195 Zwangsarbeitende bei AWS

Zu den Aluminium-Walzwerken GmbH Singen (AWS) (heute Alusuisse Singen/Algroup) gehörte auch das Breisgau-Walzwerk in Singen. 1944 betrug das Schweizer Kapital 6,45 Mio. RM. Dies entsprach zu über 95% einem Schweizer Aktionariat.

Die AWS beschäftigten laut Waibel insgesamt 1195 Zwangsarbeiter, darunter 792 Fremdarbeiter und 403 Kriegsgefangene.

Laut Akten im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg waren am 20.11.1942 bei AWS 603 ausländische Arbeiter beschäftigt (27,4% der Belegschaft), am 31.5.1943 waren es 645 (28,6%), am 31.1.1944 767 (33,7%) und am 31.7.1944 741 (33,6%).

Die Firmenrecherche von Alusuisse-Lonza hat für das Jahr 1944 eine Belegschaft von 1813 Arbeitern ergeben. Davon waren 248 Kriegsgefangene und 521 Zivilarbeiter.

Nach anfänglichem Widerstand habe der Konzern in Singen aktiv an der Aufarbeitung der Firmengeschichte mitgeholfen, erklärt Waibel. Als einen Akt der Solidarität unterstützt die Alusuisse-Tochter in Singen die Hilfe der Stadt Singen für Kobeljaki.

Teilzahlen in Villingen

Ein kleineres Werk waren die Vereinigten Aluminium-Giessereien in Villingen (AGV). 1944 betrug das Schweizer Kapital 1 Mio. RM. Dies entsprach einem zu 100% Schweizer Aktionariat.

Die Zahlen im April 1945 weisen laut dem verstorbenen Villinger Lokalhistoriker Hermann Riedel 437 Beschäftigte aus. Darunter waren 249 Fremdarbeiter, aufgeschlüsselt 192 Zivilarbeiter, 38 französische Kriegsgefangene, 19 Ostarbeiter.

Laut Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg und General-Landesarchiv in Karlsruhe waren im März/April 1943 von 349 Arbeitern 118 Ausländer. Gesamtzahlen gibt es nicht.

AGV führte nach dem Krieg den Betrieb im gemeinsamen Besitz von Alusuisse und dem Waagenhersteller Bizerba (Balingen) weiter. Das Werk wechselte mehrmals die Besitzer. 1994 ging es Konkurs.

Die heutige AGVS ist eine Neugründung. Solidarisch hat die AGVS in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Das Unternehmen hat keine Recherchen zur Firmengeschichte angestellt. Auch Alusuisse verfügt auf Grund der neuen Besitzverhältnisse über keine Angaben.

Unvollständige Zahlen in Bergheim

Zum Alusuisse-Konzern gehörte während des Krieges das Tonerdewerk Martinswerk in Bergheim/Erft bei Köln. Dort waren gemäss Firmenrecherche für das Jahr 1944 von 1214 Arbeitern 431 Kriegsgefangene und 240 Zivilarbeiter, sagt der Konzernchef der deutschen Alusuisse-Lonza.

Zum Stichdatum 31.12.1943 waren 1331 Personen im Werk beschäftigt. Darunter waren 395 Kriegsgefangene und 222 Zivilarbeiter. Gesamtzahlen gibt es nicht. Die Unterlagen im Stadtarchiv Bergheim wurden gemäss Stadtarchivar nach dem Krieg vernichtet.

In Lend bei Salzburg war eine weitere damalige Alusuisse-Tochter in Betrieb. Das Werk gehört heute nicht mehr zum Alusuisse-Lonza-Konzern. 1992 kam das Werk in österreichische Hände.

Gemäss Firmenleitung existieren Unterlagen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Die Frage nach Zwangsarbeit in Lend muss vorläufig unbeantwortet bleiben

Werke in Singen mit Zwangsarbeit

Es gab zwei weitere, kleinere Werke mit Schweizer Kapital in Singen. Das Calorienwerk Gautschi & Brandt beschäftigte gemäss Waibel 13 Zwangsarbeitende, das gesamte Kapital kam vom Kreuzlinger Unternehmer Rudolf Gautschi. Die Firma August Maier fertigte Fahrradteile und hatte laut Waibel 6 Zwangsarbeitende.

Im Raume Singen operierte seit dem 19. Jahrhundert die ursprünglich holländische Unternehmensfamilie ten Brink. Der Firmeneigner zu Kriegszeiten, Karl ten Brink, war Schweizer Staatsangehöriger.

Sein Hauptwerk war die Baumwoll-Spinn- & Weberei Arlen-Rielasingen. Gemäss einer Schweizer Aufstellung vom 20. September 1944 betrug das Aktionariat 2 Mio. RM und war zu 100% schweizerisch. Das Unternehmen von ten Brink hatte ferner eine Niederlassung in Volkertshausen.

Mauser-Werke aus Karlsruhe

Waibel weist darauf hin, dass in der Spinnerei Arlen zeitweise Teile der Mauser-Werke, ein bedeutender Rüstungsbetrieb aus Karlsruhe, einquartiert waren. Dies hatte folgerichtig Zwangsarbeit zur Folge, was von Waibel bestätigt wird.

In Messkirch bei Sigmaringen war die Spulenfabrik der beiden Schweizer Alleineigentümer Gebrüder Wilhelm und Theodor Stoll ansässig. Der Betrieb wurde 1953 stillgelegt. Weder die Nachnachfolgefirma MAZ noch Regionalhistoriker wissen etwas von Zwangsarbeit bei Stoll.

In Radolfzell operierten die Radolfwerke und die Schiesser Trikotfabrik. In der Stadt stand eine SS-Kaserne. Nazigrössen besuchten daher die Bodenseestadt, auch, um die als germanische Vorfahren gefeierten Pfahlbauer zu würdigen.

25 Zwangsarbeitende in Radolfwerken

Die Radolfwerke in Radolfzell haben gemäss Achim Fenner, Stadtarchivar in Radolfzell, mindestens 25 Zwangsarbeitende beschäftigt. Die Geschichte der Firma Radolfwerke ist komplex.

Sie wurde 1917 gegründet. Der Bereich Milchwirtschaft der Firma wurde in den Zwanzigerjahren ausgegliedert. Der Kreuzlinger Seifenunternehmer Carl Schuler, der seine Firma in einen Nahrungsmittelkonzern umgewandelt hatte, übernahm die Suppenherstellerin Radolfwerke 1926 zu 100%.

1944 betrug das Schweizer Kapital 1 Mio. RM. Dies entsprach einem zu 100% Schweizer Aktionariat. Die Firma Schuler gibt es heute nicht mehr.

Die Radolfwerke wurden 1964 von der Schiesser Trikotfabrik gekauft, die das Firmengelände für Erweiterungsbauten benötigten. Kurz darauf verkauften sie die branchenfremden Werke an die Hügli-Gruppe.

Die Radolfwerke seien in einem miserablen Zustand nahe dem Konkurs gewesen, sagt Alexander Stoffel, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Hügli-Gruppe in Arbon. Stoffel will veranlassen, nach allfälligen Firmendokumenten zu suchen.

Schiesser mit Schweizer Kapital

Die Schiesser Trikotfabrik in Radolfzell war ein deutsches Unternehmen. 1944 betrug das Schweizer Kapital 1,2 Mio. RM. Dies entsprach einem zu 100% Schweizer Aktionariat.

Der Glarner Unternehmer Jacques Schiesser hatte die Firma Ende des 19. Jahrhunderts in Radolfzell gegründet. Erst sehr viel später wurde die Schweizer Tochter in Kreuzlingen geschaffen.

NS-Musterbetrieb

Die Kreuzlinger Historikerin Ulrike Bühler-Ludwig hat die deutsche Schiesser in ihrer Magisterarbeit untersucht. Der Betrieb wurde gemeinsam mit Maggi am 1. Mai 1940 als "Nationalsozialistischer Musterbetrieb" ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde in Berlin von Rudolf Hess verliehen.

Die Firma war bekannt für ihre sozialen Leistungen gegenüber der deutschen Belegschaft. Ende des Zweiten Weltkrieges setzte die Firmenleitung voll auf die Karte neutrale Schweiz.

Verantwortlich war der Firmenleiter Walter Schellenberg, der eine undurchsichtige Rolle spielte. Die überlieferte Argumentation der Firma bei der Entnazifizierung ist mehr als peinlich.

Pforzheimer Firma auf Schiesser-Areal

Auf dem Schiesser-Gelände war die in Pforzheim ausgebombte Firma G. Rau einquartiert. Rau produzierte Kontaktteile unter anderem für Messgeräte, die auch in U-Booten eingesetzt wurden.

Gemäss dem ehemaligen Schiesser-Betriebsobmann Paul Wiggenhauser wurden schwerpunktmässig rund 120 russische Zwangsarbeiterinnen beschäftigt. Die Russinnen seien auch bei Schiesser eingesetzt worden.

Ende April 1945 beschlagnahmte eine französische Kommission die noch für die Wehrmacht bestimmten Textilien im Wert von 1 Million Reichsmark. Einige Tage später wurden Nähmaschinen sichergestellt, die aus dem Elsass und aus jüdischem Besitz stammten.

Bestätigung durch Hesta

Fenner sagt, dass gemäss Radolfzeller Einwohnermeldekartei mindestens 39 ukrainische Zwangsarbeiterinnen bei Schiesser, nahezu alle im Juli/August 1942, eingestellt wurden.

Die Schiesser gehört heute zur Hesta-Gruppe in Zug. Hesta-Direktor Samuel Moor erklärt, dass eine von Schiesser in Auftrag gegebene Studie die Zwangsarbeit bestätigt habe.

Etwa 50 ukrainische Fremdarbeiterinnen haben demnach für Schiesser in Radolfzell gearbeitet. Die Schiesser AG in Radolfzell hat in den Fonds der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Rieter in Konstanz mit Zwangsarbeit

In Konstanz gab es mehrere Schweizer Tochterunternehmen. Eines hatte nachgewiesenermassen Zwangsarbeiter. Dies waren die Rieter-Werke in Schweizer Besitz. 51 russische Kriegsgefangene waren im Januar 1944 gemäss Regionalhistoriker Arnulf Moser zwangsverpflichtet.

Ein Minderheitsanteil wurde 1939 an den deutschen Unternehmer Walter Händle verkauft, erklärt der Historiker Werner Trapp. Der in Minusio-Locarno wohnende Unternehmer Arthur Rieter hielt gemäss Liste von 1944 in Form eines Darlehens von 300 000 RM immer noch einen Anteil von 65%.

Ein weiterer Betrieb war die Seidenstoffweberei Rob. Schwarzenbach in Konstanz-Wollmatingen (Tochter der heute noch existierenden Rob. Schwarzenbach & Co in Thalwil). 1944 betrug das Schweizer Kapital 1,6 Mio. RM. Dies entsprach einem zu 100% Schweizer Aktionariat.

Ferner gab es das Karrosseriewerk Franz Xaver Seitz (100% Schweizer Kapital), Die Firma Vonhausen & Nater (85%), die Werkzeugfabrik Wagner & Stein (100%) sowie das Insel-Hotel am See von Rosalie Brunner (100%). Zu diesen Unternehmen liegen vorerst keine Angaben vor.

Von Straehl zu Strellson

Seit Beginn des Jahrhunderts existierte in Konstanz die Kleiderfabrik Friedrich Straehl. 1944 wies die Firma ein Kapital von 387 000 RM aus. Dies entsprach einem 100%-igen Schweizer Aktionariat. Eigentümer waren Alfred und Walter Straehl.

1908 wurde ein Schwesterwerk in Kreuzlingen gegründet. Das Unternehmen produzierte Mäntel und Jacken. 1973 wurde die Konstanzer Fabrikation eingestellt.

1984 erwarben die Brüder Jochen und Uwe Holy die Kreuzlinger Firma und gliederten sie in die Strellson-Gruppe (Hugo Boss) ein. Die Marke Strellson war von Straehl 1946 geschaffen werden.

Fritz Straehl, Sohn des damaligen Mitinhabers in Kreuzlingen, erklärt, dass es im Konstanzer Werk seines Wissens keine Zwangsarbeit gegeben habe. Der Frauenanteil sei sehr hoch, gegen 90%, gewesen. Männer waren in Kader und Verwaltung angestellt.

In Zizenhausen bei Stockach hatte die Familie Staehl eine Weberei und Färberei. Im Krieg wurde der grösste Teil des Betriebes konfisziert. Der Websaal wurde ausgeräumt. In ihm wurde eine Lehrlingswerkstatt von Dornier eingerichtet.

Anpassertum bei Zeltfabrikant

Aufschlussreich für die Anpassung nach Kriegsende ist die Geschichte der Firma Stromeyer in Konstanz, die der Regionalhistoriker Arnulf Moser recherchiert hat. Das Unternehmen war eine damals führende Zeltproduzentin. Die Firma war deutsch, die Besitzer ebenfalls, ein Familienmitglied war in der SS.

In Kreuzlingen hatte die Familie einen Schweizer Zweigbetrieb. Nach Ende der NS-Herrschaft erinnerte sie sich an ihre Schweizer Herkunft und stellte einen Antrag auf Ausstellung von Schweizer Pässen.

Weil die Vorfahren Heimatrecht in Romanshorn hatten, wurden die Pässe ausgestellt. Das Gesuch auf eine Übersiedlung nach Kreuzlingen wurde hingegen abgelehnt.

Kapitalspuren in Friedrichshafen

In Friedrichshafen dominierte die Flugzeugindustrie mit den Flaggschiffen Dornier und Zeppelin. Die Zürcher Maag-Zahnräder AG (heute Maag Holding AG) hatte 1920 eine Minderheitenbeteiligung von 20% an der Zahnradfabrik (ZF), die im Zweiten Weltkrieg Panzergetriebe fertigte.

Diese Beteiligung ging auf Grund verschiedener Kapitalerhöhungen, an denen sich Maag nicht mehr beteiligte, laufend zurück, sagt Maag-Sprecherin Karin Schardel. In den Kriegsjahren betrug der Anteil laut ZF noch um die 4%. Ab 1988 hatte Maag keine Anteile mehr.

Die ZF in Friedrichshafen beschäftigte gemäss Angaben der Historikerin Christa Tholander rund 2000 Zwangsarbeitende, was von der Firma bestätigt wird. ZF hat in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

In Friedrichshafen existiert heute noch eine 1859 mit Horgener Kapital gegründete Firma, die damalige Lederfabrik Hüni & Co. Die Firma, die während des Krieges für die Wehrmacht Lederprodukte fertigte, hatte nach eigenen Angaben zur Nazizeit kein Schweizer Kapital mehr.

Zwei Escher-Wyss-Töchter

Weiter östlich, in Ravensburg und in Lindau, gab es zwei Schweizer Töchter der Escher-Wyss Zürich. Die Escher-Wyss Maschinenfabrik in Ravensburg-Weingarten beschäftigte gemäss Andreas Schmauder, Stadtarchivar in Ravensburg, zwischen 198 und 203 Zivilarbeitende und Kriegsgefangene.

Die Escher-Wyss Maschinenfabrik in Lindau beschäftigte ebenfalls Zwangsarbeitende, sagt Stadtarchivar Heiner Stauder. 43 zwangsverpflichtete Personen, 38 Männer und 5 Frauen, hätten noch im Januar 1945 für Escher-Wyss in Lindau gearbeitet.

Der Lindauer Lokalhistoriker Karl Schweizer erklärt, dass Escher-Wyss vorübergehend ein eigenes kleines Lager für Zwangsarbeiter auf dem Firmengelände unterhielt. Dort und im städtischen Lager am Kamelbuckel waren vor allem Franzosen, Italiener und Ukrainer untergebracht.

Die Firma produzierte Kühlaggregate für Geschütze sowie Eissporne. 1969 übernahm Sulzer vollständig die Escher-Wyss-Unternehmen. Sulzer-Sprecher Hans-Caspar Ryser hat die Ergebnisse der Recherchen weitgehend bestätigt.

In Nürnberg operierte die chemisch-pharmazeutische Fabrik Sandoz A.G. Gemäss vorliegenden Akten des Stadtarchivs Nürnberg beschäftigte das Werk Zwangsarbeiter. 1947 werden im Rahmen einer Ausländer-Suchaktion für Lohnrückstände fünf ehemalige ausländische Arbeiter von Sandoz namentlich aufgeführt.

Schweizer Schoggi-Firmen

Neben Suchard (in Lörrach) hatten die anderen bedeutenden Schokolade-Hersteller ebenfalls Werke in Deutschland. Es waren dies ein Nestlé-Werk in Kappeln an der Schlei (Schleswig-Holstein), Tobler in Stuttgart, das Werk von Sarotti (Nestlé) in Berlin sowie nur vor dem Krieg Lindt & Sprüngli, ebenfalls in Berlin.

Die deutsche Schokoladen-Industrie lag in den Kriegsjahren am Boden, die Produktion lief zu Beginn noch auf Sparflamme. Am 1. Juli 1942 wurde eine erste Betriebsstilllegungswelle ausgelöst. Den Betrieben wurden keine Rohstoffe mehr zugeteilt.

Rohkakao wurde nicht mehr importiert. Am 10. September 1942 wurde die Verarbeitung von Rohkakao untersagt. Für die Bevölkerung durfte in bescheidenem Rahmen Trinkschokolade hergestellt werden.

Die zweite grosse Stilllegungswelle lief im Juni 1943 an. Dort, wo ab 1942 Trinkschokolade, Kekse, Wehrmachtsschokolade, Kaffee- und Milchpulver sowie Kondensmilch in grösseren Mengen produziert wurden, muss von Zwangsarbeit ausgegangen werden.

Zur Schokoladeherstellerin Tobler in Stuttgart ist nichts aktenkundig, weder im Staatsarchiv in Ludwigsburg noch im Stadtarchiv bzw. Amtsgericht Stuttgart.

Nestlé in Deutschland

Das Mutterhaus von Nestlé war die Nestlé and Anglo-Swiss Condensed Milk Company. Zusammen mit ihrem Fusionspartner Société Peter, Cailler, Kohler Chocolats Suisses SA (PCK) rief sie 1927 die Deutsche Aktiengesellschaft für Nestlé-Erzeugnisse ins Leben.

In dieser Gesellschaft waren von da an die Herstellungs- und Verkaufsorganisationen der Linda-Gesellschaft GmbH und der Otto & Quantz Schokoladenfabrik AG in Hattersheim zusammengeschlossen.

1928 übernahm die Linda-Gesellschaft von der Milchwerke Angeln GmbH die Fabrik in Kappeln an der Schlei (Schleswig-Holstein) sowie Anteile an der damals bedeutenden Schokoladeherstellerin Sarotti AG in Berlin.

Die Lindauer Niederlassung der Deutschen Aktiengesellschaft für Nestlé-Erzeugnisse wurde in den Jahren der Depression geschlossen. Das Firmengelände wurde im Herbst 1933 an die Firma Dornier verkauft.

Zum Konzern gehörten ferner ab 1935 eine Fabrik in Prag und ab 1936 ein Werk in Krumlov (Mähren) sowie ein Werk in Polen.

In Kriegszeiten waren Nestlé-Werke florierende Unternehmen. Sie produzierten wasserlöslichen Instantkaffee, Kondensmilch und wasserlösliches Milchpulver. Dies waren in Kriegszeiten hochgeschätzte Produkte.

Das Kappelner Werk produzierte Ende der Zwanzigerjahre vor allem Kondensmilch und Schachtelkäse, ist in dem von Nestlé herausgegebenen Buch von Jean Heer, Nestlé. Hunderfünfundzwanzig Jahre. Von 1866 bis 1991 (1991) nachzulesen.

1999 sollte das Werk stillgelegt werden. Es gab heftige Proteste der Arbeitnehmerschaft. Die Cremilk GmbH in Hamburg übernahm schliesslich Betrieb und Belegschaft.

Zwangsarbeit bei Nestlé in Kappeln

Im Werk in Kappeln wurden Zwangsarbeitende eingesetzt. Zwar gibt es laut Stadtarchivar Hans-Peter Wengel weder im Stadtarchiv noch im Kappelner Firmenarchiv Dokumente mit Zwangsarbeiterlisten.

Aus der Kriegszeit liegt jedoch im Stadtarchiv ein Bauplan vom 4. Februar 1943 für eine erste Wohnbaracke auf dem Nestlé-Werkgelände vor. Am 31. August 1943 wurde das Gesuch gestellt, nebenan eine zweite, grössere Fertigholzbaracke zu errichten.

Claus Siemen, Vorsitzender des Museumsvereins Kappeln, bestätigt das Vorhandesein des Barackenlagers. In Kappeln ist zudem aus Erzählungen bekannt, dass vor allem polnische Arbeiterinnen und französische Kriegsgefangene bei Nestlé arbeiteten.

Gut dokumentiert

Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig verweist auf die ausführliche Dokumentation im Buch der beiden Herausgeber Gerhard Hoch & Rolf Schwarz, Verschleppt zur Zwangsarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein (1985).

Die Autoren stützen sich dabei auf die Listen der britischen Militärregierung an den Landeesvorstand der Vereinigung de Verfolgten des Naziregimes (VVN) und des belgischen Familienministeriums.

1950 hatte die Landesregierung von Schleswig-Holstein ein Gesuch der belgischen Regierung nach belgischen Zivilarbeitenden und Kriegsgefangenen beantwortet. Die Angaben waren in den sogenannten Form 96-Bögen vermerkt worden. Diese sind im Archiv des belgischen Familienministeriums in Brüssel abgelegt.

Bewachtes Firmenlager

Insgesamt gab es sechs Fremdarbeiterlager in der Stadt Kappeln. Der Schleswiger Regionalhistoriker Rolf Schwarz hat die Akten eingesehen.

Er präzisiert gegenüber der sda seine Buchangaben: Ein Lager mit zwei Baracken wird als Lager der Nestlé AG bezeichnet. Es hatte 30-40 Belegplätze für russische Zwangsarbeitende.

Bei Nestlé wurde ferner notiert: Zwangsarbeit für die Nestlé AG, Ukrainer und Russen, mit Stacheldraht eingezäuntes Firmenlager, Bewachung durch Werkpersonal. In einern Bericht der britischen Militärregierung wird 1947 zu Nestlé Milchwerk Kappeln lakonisch vermerkt: Ostarbeiterinnen.

Insgesamt sechs Lager in Kappeln

Ein zweites Industrielager mit 25-30 Belegplätzen für russische Arbeiter war in Kappeln in der Mühlenstrasse, ein drittes in der Poststrasse mit 10-12 Belegplätzen, dieses Lager beherbergte vor allem französische Kriegsgefangene.

Ein viertes Industrielager in der Fabrikstrasse hatte 10 Belegplätze für polnische Staatsangehörige, ein fünftes in der Gerichtsstrasse verfügte über 10-15 Belegplätze ebenfalls für polnische Staatsangehörige.

Das sechste im Bericht des Roten Kreuzes und der Mission Scapini dokumentierte Lager war das Kriegsgefangenenlager Kommando 950 und hatte 21 Belegplätze. Nestlé wird hier unter den namentlich aufgeführten Betrieben nicht aufgeführt.

Wieviele Nestlé-Zwangsarbeitende insgesamt in den Lagern einquartiert waren und wieviele Fremdarbeiter der Lager 2 bis 5 bei Nestlé arbeiteten, ist unklar. Nestlé war damals gemäss Stadtarchivar Wengel der weitaus bedeutendste Betrieb in der 4000 Einwohner zählenden Stadt.

Neben Nestlé produzierte als erwähnenswertes Industrieunternehmen in den Kriegsjahren noch die Eisengiesserei und Maschinenfabrik Lorenz Claussen GmbH. Dieses Unternehmen hat laut Wengel einige wenige Zwangsarbeiter beschäftigt.

Nescafé für die Luftwaffe

Das Nestlé-Werk produzierte durchgehend bis 1945. Die Belegschaft schwankte gemäss Wengel zwischen 200 und 250 und hatte einen sehr hohen Frauenanteil.

Ein weiterer Hinweis auf Zwangsarbeit ist laut Stadtarchivar Wengel das damals bekannteste Produkt des Nestlé-Werks. 1938 war das Kaffepulver-Produkt Nescafé in der Schweiz auf den Markt gebracht worden.

In Kappeln wurden für die Piloten der deutschen Luftwaffe die dreieckigen Aluminiumdöschen mit Nescafé hergestellt, erklärt Stadtarchivar Wengel. Damit war Nestlé ein kriegswichtiges Unternehmen.

Zwangsarbeit bei Sarotti in Berlin

In Berlin-Tempelhof produzierte die Nestlé-Tochter Sarotti. Ab 1929 verfügte Nestlé über die Aktienmehrheit. Das Werk produzierte die Schokoladenmarken Nestlé, Kohler, Peter und Cailler.

1939 wurde die Schokoladenproduktion zugunsten anderer Nahrungsmittel aufgegeben. Das Werk in Tempelhof wurde von Bomben getroffen. 1998 verkaufte Nestlé die Firma Sarotti an den Stollwerck-Konzern in Köln.

Die ehemalige Sarotti in Berlin heisst heute Karina. An der Teilestrasse befindet sich auch heute noch das Chocoladen-Werk der Nestlé Deutschland AG.

Sarotti hatte in den Kriegsjahren an der Teilestrasse 13-15 ein Lager für zivile Zwangsarbeiter, in dem unter anderen auch sowjetische Zwangsarbeiter untergebracht waren.

Diese Angaben hat der Berliner Historiker Rainer Kubatzki zusammengestellt, der die städtischen Bauämter nach Gesuchen für Baubewilligungen für Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager durchforstet hat.

Baugesuch für 80 Zwangsarbeitende

Gemäss Akte im Bauaktenarchiv Berlin-Tempelhof hat die Sarotti am 19. August 1943 ein Baugesuch zur Erstellung von zwei Baracken für die Firma eingereicht. Die Baracken waren für 80 Zwangsarbeitende konzipiert, hat der Berliner Regionalhistoriker Matthias Heisig recherchiert.

Die "Behelfsbauten für die Rüstungsindustrie" wurden von der zuständigen Bauabteilung bewilligt. Dies heisst auch, dass die Nestlé-Tochter in Berlin kriegswichtige Nahrungsmittel produzierte.

Das Landesarchiv Berlin bestätigt, dass ehemalige ukrainische Zwangsarbeitende Anfragen zur Bestätigung ihrer Arbeitszeit bei Sarotti an das Archiv gerichtet haben.

Auch die Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK) hat mehrere Anfragen ehemaliger Ostarbeiter, die nach eigenen Aussagen bei Sarotti gearbeitet haben, erhalten.

Kein öffentliches Thema für Nestlé

Der Nestlé-Konzern in Vevey weigerte sich als einziges von der sda befragtes Unternehmen, Auskunft über allfällige Zwangsarbeit zu erteilen. Der Konzernsprecher wollte auch keine Auskunft über Kapitalanteile und Standorte in Deutschland zwischen 1939 und 1945 geben.

Nestlé-Sprecher Hans-Jörg Renk sagt, dass der Konzern Richter Edward Korman und der Bergier-Kommission die nötigen Auskünfte gegeben habe. Der Inhalt des Briefes an Richter Korman könne zur Zeit nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Zwangsarbeit bei Lizenzbetrieb von Lindt & Sprüngli

Die Schokoladenfabrik Lindt & Sprüngli AG Berlin wurde 1928 gegründet. 50% des Aktionariats waren schweizerisch. Die Firma musste ihren Betrieb in den Dreissigerjahren einstellen.

1935 wurde das Geschäft auf eine Lizenzbasis gestellt. Produktion und Verkauf von Pralinés und Tafelschokolade wurden an die Berliner Firma Mohnheim Trumpf übertragen. 1942 riss auch diese Verbindung ab.

Die Mohnheim Trumpf Schokoladenfabrik unterhielt laut Kubatzki noch im April 1945 in Berlin-Weissensee an der Rennbahnstrasse ein ziviles Zwangsarbeiterlager für etwa 150 Personen. Ein zweites Zwangsarbeiterlager soll sich in der Gustav-Adolf-Strasse befunden haben.

Die Sprecherin des Mutterhauses Lindt & Sprüngli in Kilchberg erklärt, dass firmeninterne Abklärungen keinen Hinweis auf Zwangsarbeit bei Lindt & Sprüngli ergeben hätten. Die Aktivitäten der Firma seien damals praktisch lahmgelegt gewesen.

Daher könne Zwangsarbeit weitgehendst ausgeschlossen werden. Lindt & Sprüngli selbst taucht aus oben erwähnten Gründen auf keiner Baubewilligungsliste der städtischen Bauämter auf.

Die Chocoladenfabriken Lindt und Sprüngli Aachen haben in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Schindler-Aufzüge in Berlin

Schindler Aufzüge in Ebikon (LU) hatte eine Eigengründung in Berlin, 1906 gegründet und 1926 als Schindler Aufzügefabrik GmbH eingetragen. Das Unternehmen konnte während des Zweiten Weltkrieges weiterhin Aufzüge herstellen.

Zuerst in Berlin-Tempelhof ansässig, zog der Betrieb 1927 an die Kopitschstrasse in Berlin-Kreuzberg um. Bei Kriegsausbruch betrug der Personalbestand rund 110 Mitarbeiter. Er ist im Zuge der abnehmenden Nachfrage auf 12 gesunken.

Die Fabrik wurde am 30. Januar 1944 erstmals von Bomben zerstört und beim Einmarsch der Russen weiter beschädigt. Verbliebenes Material wurde schliesslich demontiert. Heute befindet sich die Schindler Aufzügefabrik in Berlin-Mariendorf.

Die Firmenakten sagen gemäss Schindler-Sprecher Riccardo Biffi nichts über Zwangsarbeit aus. Dass es Zwangsarbeit gegeben habe, könne jedoch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Die in Berlin befragten Organisationen, das Landesarchiv Berlin, die auf Zwangsarbeit spezialisierte Geschichtswerkstatt und die Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK), haben keine Hinweise auf Zwangsarbeit bei Schindler.

Der Schindler-Konzern hat nach Kriegsende verschiedene Firmen in Deutschland und in von den Deutschen besetzten Gebieten erworben. Die Zwangsarbeiterfrage wurde in diesen Unternehmen steht in Abklärung.

Die Schindler Aufzügefabrik AG hat in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft eingezahlt.

Von Ciba zu CIBA in Berlin

Von 1928 bis 1941 operierten die Ciba Berlin Aktiengesellschaft und von 1936 bis 1941 die Teerfarben Aktiengesellschaft Ciba in Berlin-Wilmersdorf. 1941 fusionierten beide Firmen zur CIBA Aktiengesellschaft.

Das Firmengelände an der Saalfelderstrasse umfasste Büro, Fabrik und Lager. Historische Fotodokumente aus Berlin zeigen, dass das pharmazeutische Werk eher klein war.

Die in Berlin befragten Organisationen, das Landesarchiv Berlin, die auf Zwangsarbeit spezialisierte Geschichtswerkstatt und die Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK), haben keine Hinweise auf Zwangsarbeit bei Schindler.

Auch die Firmendokumente sagen zu Zwangsarbeit in Berlin nichts aus. Der Standort in Berlin-Wilmersdorf wurde nach der Zerstörung durch die Bombenangriffe vom 1. März 1943 nach Wehr in Südbaden verlegt.

Der juristische Sitz blieb bis 1946 in Berlin. Ferner hatte Ciba zu Kriegszeiten ein Werk in Pabianice bei Lodz (Polen).

Pumpenunternehmen in Halle

Der Sulzer-Konzern in Winterthur muss mit einer Firma in Halle an der Saale in Verbindung gebracht werden. In der Stadt nahe Leipzig operierte während des Krieges das Unternehmen Weise. Es produzierte Schiffspumpen für U-Boote und Pumpen für die Ölindustrie.

In der Firmenchronik wird Zwangsarbeit erwähnt, sagt Ralf Jacob, Leiter des Stadtarchivs von Halle. Rund 100 Ausländer arbeiteten bei Kriegsende in den beiden Firmentöchtern, bei Weise Söhne auch 30 russische Kriegsgefangene.

Das Unternehmen siedelte 1952 nach Bruchsal über. Erst im Jahre 1972 wurde Weise vom Sulzer-Konzern übernommen, was Sulzer-Sprecher Ryser bestätigt.

Zementwerk in Oberschlesien

Das Portland-Zementwerk Golleschau im polnischen Posen/Oberschlesien gehörte in den Dreissigerjahren der Continentalen Gesellschaft für Bank- und Industriewerte (Contvalor).

An dieser 1930 auf Initiative der österreichischen Creditanstalt gegründeten Finanzgesellschaft beteiligte sich auch der damalige Schweizerische Bankverein (SBV, heute UBS). Durch den Zusammenbruch der Creditanstalt 1931 errang der Bankverein eine Mehrheitsbeteiligung an der Holding.

Unter Kontrolle der SS

Nach Einmarsch der Nazis in Polen kam das Golleschauer Portland Zementwerk unter Kontrolle der SS, die Industrieunternehmen im Deutschen Reich managte und systematisch Zwangsarbeiter einsetzte. Berliner Dokumente lassen darauf schliessen, dass im Zementwerk etwa 400 Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.

Da die Contvalor jeden Einfluss auf die Führung des Zementwerkes verloren hatte, verhandelte ihr Verwaltungsrat, in dem sich auch Bankverein-Vertreter befanden, 1941-1943 mit der SS ergebnislos über den Verkauf der Fabrik an ein anderes unter SS-Führung stehendes Werk. 1969 wurde die Contvalor liquidiert.